

Nach vorn oder zurück?

Anmerkungen zur linksgewerkschaftlichen Debatte über eine europäische Wirtschaftspolitik und deren Zukunft

Armin Kammrad, 24.11.2011

In diesem Beitrag setze ich mich mit dem derzeitigen linken „Mainstream“ zu Euro-Rettung und Widerstand gegen die derzeitig herrschende Wirtschaftspolitik auseinander. Ich habe den Eindruck, dass vor lauter Krisenbewältigung einige zentrale Punkte auch von Seiten der Gewerkschaften und mancher Linken etwas untergehen. Trotz vieler guter Analyse und weltweiter Occupy-Bewegung ist eine eindeutige Standortbestimmung oft nicht eindeutig auszumachen, sobald es über die Ablehnung dessen, was gegenwärtig abläuft, hinausgeht. Doch was könnte die Alternative sein? Wie ist überhaupt die jetzige Situation zu werten? Handelt es sich einfach nur um eine Krise, die irgendwie überwunden werden muss oder verkörpert das, was krisenhaft erscheint, nicht zugleich auch eine große Chance? Lässt sich aus all den Unsicherheiten, die täglich auf uns herunterprasseln, nicht auch eine neue, wenn auch ungewohnte, Sicherheit gewinnen? Angeregt durch die linksgewerkschaftliche Debatte über ein anderes Europa, versuche ich hier Antworten auf diese Fragestellungen zu finden. Im Einzelnen widme ich mich folgenden Problem- und Fragestellungen:

- Vereinigte Staaten von Europa - Ein notwendiges Projekt der Linken? (S. 1)
- Gemeinsam für den Euro? (S. 2)
- Transformation oder Ablösung? (S. 2)
- Immer weiter auf wackligem Untergrund? (S. 4)
- Widerstand – Chance oder Problem? (S. 6)
- Zwischen Verlustängsten und Gewinn (S. 7)
- Nix als Schulden? Trennendes und Verbindendes (S. 8)
- Stillstand oder Weiterentwicklung? (S. 13)
- Das ungleiche marktwirtschaftliche Gleichgewicht (S. 14)
- Linke Konjunkturprogramme zur Krisenbewältigung? (S. 16)
- Lohn für Widerstand? (S. 18)
- Mögliche und unmögliche Wege aus der Krise (S. 20)
- Fazit (S. 24)

Vereinigte Staaten von Europa - Ein notwendiges Projekt der Linken?

Im express 8-9/2011 bejaht Anton Kobel ausdrücklich die obige Frage mit dem Verweis auf die Notwendigkeit „sich massiv in die Diskussionen um die EU-Strukturen einzumischen und den Widerstand in die momentanen EU-Strukturen zu kanalisieren“. Allerdings – „Kritik alleine genügt nicht“, stellt Anton Kobel fest: „Sie ist berechtigt und notwendig, aber noch keine Perspektive“. Doch was ist die Perspektive?

Bei der Antwort auf diese Frage wird Anton Kobel etwas zweideutig: „Es sollte um das Verständigen auf einen zunächst auf Europa bezogenen, zeitgemäßen Internationalismus gehen“. Bereits begrifflich eine unsinnige Feststellung. Denn Internationalismus meint ja gerade das Überschreiten jeglicher nationaler Grenzen zugunsten einer (gewerkschaftlichen) Solidarität, egal wie groß das Staatsgebilde auch sein mag. Ein nur auf Europa bezogener Internationalismus ist an Betrachtung der derzeitigen weltweiten Widerstände gegen die herrschende Wirtschaftspolitik wohl auch nicht zeitgemäß. So löblich die Intension einer Abkehr und Überwindung von einem – wie Anton Kobel es nennt – „nationalpopulistischen“ Denken auch ist. Die Verknüpfung von „Überwindung des Nationalstaats und die Vorstellung eines gemeinsamen, neuen Staats Europa“ als Perspektive bleibt auf halben Weg zu einer internationalen Perspektive stehen. Aber nicht nur das. Es stellt sich nämlich zwangsläufig auch die Frage, worin sich die „Idee bzw. Utopie“ eines „linken“ europäischen Projek-

tes „Vereinigten Staaten von Europa“ von der heutigen EU unterscheiden soll. Nachdem sich im September in einem SPIEGEL-Gespräch (DER SPIEGEL 36/2011) auch der frühere Bundeskanzler und Agenda-Spezialist Gerhard Schröder mit dem Weckruf „Europa muss aufwachen“ ebenfalls für die „Vereinigten Staaten von Europa“ ins Zeug legte, stellt sich die Frage nach dem linken Gehalt solcher Perspektive besonders.

Hierauf antwortet Anton Kobel mit der recht unverfänglichen Forderung, die (nahezu) jeder der „Generation Occupy“ unterschreiben würde: Es ginge „um soziale und demokratische Vereinigte Staaten von Europa! Mit klaren Rechten für die BürgerInnen – auch auf kulturelle Eigenheiten und sozialstaatliche Errungenschaften“. Bezüglich des Wies verweist Anton Kobel auf „dazu erforderliche(), jahrelange() Transformationsprozesse“, was unausgesprochen unterstellt, das heutige EU-Gebilde ließe sich in die gewünschte Richtung transformieren. Große Hoffnung setzt (oder: setzte damals noch?) Anton Kobel hierbei auf den DGB-Vorsitzenden Sommer: „Vielleicht tritt die Propagierung von Vereinigten Staaten von Europa durch den DGB-Vorsitzenden Sommer die überfällige Diskussionen dazu in den Gewerkschaften los“. In der Tat – diskussionswürdig erscheint es mir auf jeden Fall, wie das im Fall der Zustimmung des Bundestags zum EFSF-Rettungsschirm beim DGB dann ablief.

Gemeinsam für den Euro?

So hörte ich bereits am 27.09.2011 morgens im Radio, dass zwischen DGB und „Arbeitgeberseite“ bezüglich der Zustimmung zum EFSF-Rettungsschirm Einigkeit bestünde. In einer groß aufgemachten – und sicher nicht gerade billigen - Anzeige appellierte der DGB an die Abgeordneten dem Gesetz zu zustimmen. „Ja zu Europa! Ja zum Euro! Demokratie stärken, Wachstum fördern, Beschäftigung sichern, Euro stabilisieren“, ist der Aufruf überschrieben. Zwar werden „Ausgabenkürzungen und soziale Einschnitte“ kritisiert, was beim DGB allerdings völlig fehlt, ist gerade der von Anton Kobel beschworene Internationalismus. Denn es hätte aus gewerkschaftlicher Sicht nahe gelegen, eine Zustimmung zum EFSF-Rettungsschirm ausdrücklich davon abhängig zu machen, dass auf asoziale Sparpakete völlig verzichtet wird, einmal abgesehen von der eigentlich gewerkschaftlichen „Selbstverständlichkeit“ sich entschieden gegen alle staatlichen Eingriffe in die Tarifautonomie wegen der Sparauflagen in den europäischen Schuldnerstaaten zu wenden. Doch nichts dergleichen. Und die Behauptung des DGB „Europa braucht Deutschland und Deutschland braucht Europa“ erweckt eher den Eindruck, dass das Verhalten des DGB vor allem von der Angst um die Auswirkung einer Währungskrise auf die Situation der abhängigen Beschäftigten in Deutschland geprägt ist, als von internationaler Solidarität. Soll so der Transformationsprozess in ein linkes Projekt der „Vereinigten Staaten von Europa“ aussehen? Ist es das, was Anton Kobel sich unter einem Transformationsprozess in eine bessere europäische Zukunft vorstellt?

Offenbar ist solche Transformation für den DGB auch gar nicht erforderlich. So wird von „unsere(r) Verantwortung“ gesprochen, die darin bestünde „das geeinte Europa für unsere Kinder und Enkel zu bewahren“. Der DGB sieht zwar wie Anton Kobel die Gefahr „nationale(r) Abgrenzungen“ und dass „wir“ „das Verbindende aus den Augen verlieren“. Die konsequente Abwehr von asozialen Sparpaketen zur Schuldenkonsolidierung in den europäischen Staaten, scheint jedoch nicht das zu sein, was verbinden könnte. Die heutige EU wird nicht als ein von Anfang ausschließliches Projekt einer kapitalistischen Wirtschaftspolitik betrachtet, sondern vom DGB als „unser gemeinsames europäisches Projekt“ bezeichnet, obwohl die Lage der Mehrheit der europäischen Bevölkerung nicht nur in den Schuldnerstaaten, sondern auch in Deutschland immer prekärer wird. Selbst die Bezeichnung der Währungsunion „als ein Meilenstein der Europäischen Integration“ erinnert mehr an die kapitalistische Beweisführung, dass Deutschland in der Vergangenheit mit dem Euro besser gefahren sei, als mit der D-Mark. Einen „zunächst auf Europa bezogenen, zeitgemäßen Internationalismus“ (Anton Kobel) sucht man beim DGB-Aufruf also vergeblich. Stattdessen herrscht Einigkeit bezüglich der Euro-Rettung zwischen Kapital und Arbeit und scheint eher eine national auf Deutschland orientierte Sichtweise vorzuherrschen als internationale Solidarität.

Transformation oder Ablösung?

Der DGB-Aufruf zur Zustimmung zum EFSF-Rettungsschirm zeigt sehr anschaulich einen Aspekt, den Anton Kobel bei seinem europäischen Staatenprojekt überhaupt nicht erwägt: Dass sich nämlich nicht nur in einer Ablehnung der EU, sondern auch in einer Zustimmung „nationalpopulistischen“ Denken darstellen kann. Es stellt sich überhaupt ganz grundsätzlich die Frage, ob die deutsche (und natürlich nicht nur diese) Zustimmung zur EU nicht vor allem auf der Vorstellung basier-

te und basiert, nationale Interesse über das heutige Rechtskonstrukt effizienter durchzusetzen als im isolierten einzelstaatlichen Rahmen, und ob nur wegen des Erfolges deutschnationaler Interessen in Europa das Rechtskonstrukt der EU befürwortet und sogar gegen „den Willen des Volkes“ – also ohne Volksabstimmung – durchgesetzt wurde. Deutlich wird diese nationale Intension beispielsweise im CDU-Leitantrag von Anfang Oktober, in dem der Vorschlag von mehr „Macht für Brüssel“ damit begründet wird, dass „dem jeweiligen Euro-Staat zudem ein EU-Sparkommissar an die Seite gestellt werden“ soll, „der die Verwendung der staatlichen Mittel überwacht.“ Es geht also schlichtweg um mehr deutschen Einfluss auf andere Staaten. Auch in der Vielzahl von offiziellen Stellungnahmen zur Euro-Krise ist die nationale Orientierung unverkennbar und dies nicht erst, seit Volker Kauder auf dem CDU-Parteitag Mitte November jubelnd verkündete „Jetzt auf einmal wird in Europa Deutsch gesprochen“. Geht es doch oft vorrangig nur darum, was nun „für Deutschland“ bzw. dessen Wirtschaft das Beste sei. Verschuldete EU-Staaten wie Griechenland, Portugal, Spanien usw. kommen nur als „Spardiktat“ vor. Diese Intension ist auch im Entwurf zu einem ESM-Vertrag zu finden und mit der geplanten Aufstockung des Rettungsschirms untrennbar verbunden. Bereits der Umstand, dass Deutschland – wie es häufig heißt – der größte „Nettozahler in der EU“ ist, garantiert der deutschen Politik ein besonders großen Einfluss nach dem Motto „wer zahlt, schafft an“. Hinzukommt noch, dass neben Frankreich Deutschland mit seinem rechnerisch höchsten Bevölkerungsanteil innerhalb der EU, deutscher Hinterzimmerpolitik im Interesse einseitiger Wirtschaftstheorien und –politik eine gute Rechtfertigung liefert. Dies ist auch völlig im Interesse der „City of London“ mit ihrem Sonderrechtsstatus, der maßgeblichen „Steuerzentrale“ für die heutige weltweite Finanz- und Wirtschaftspolitik – auch in der EU. Es sollte deshalb auch für die deutschen Gewerkschaften kein unüberwindliches Verständnisproblem sein, dass jedes „Real Democracy Now!“ nur außerhalb der heutigen EU-Strukturen laufen kann und in sofern eigentlich eine ziemlich „undeutsche“ Angelegenheit ist.

Was Anton Kobel als linkes Konzept der „Vereinigten Staaten von Euro“ darstellt, ist gegenüber der sozialpolitischen Realität in der EU außerdem ziemlich abstrakt und reduziert sich beim ihm - wie auch beim DGB - auf gut klingende Allgemeinplätze, die wahrlich nicht neu sind. So enthält solche Allgemeinplätze nicht nur die Charta der Grundrechte. Auch der „Vertrag über die Europäische Union“ (EUV) benennt in Artikel 3 (in der aktuellen Fassung) verheißungsvolle Ziele. So soll das „Wohlergehen“ der Völker in der EU ebenso gefördert werden, wie die „soziale Gerechtigkeit“. Auch hätte der DGB in seinem Zustimmungsauftrag gar nicht besonders betonen müssen, dass er für Wachstumsförderung und „Beschäftigung“ ist. Denn die Zielsetzung „eines ausgewogenen Wirtschaftswachstums und von Preisstabilität“ sowie „Vollbeschäftigung und soziale(m) Fortschritt“ sind traditionell erklärtes Ziel der ganzen EU-Veranstaltung und deshalb nichts Besonderes. Allerdings wird die Realisierung von einer „in hohem Maße wettbewerbsfähige(n) sozialen(n) Marktwirtschaft“ (EUV Art.3 Abs.3) abhängig gemacht. Und hier liegt wohl der eigentliche Pferdefuß. Wenn dies bei den „Urtheoretikern“ der „sozialen Marktwirtschaft, wie Walter Eucken, Ludwig Erhard usw., auch nicht immer so deutlich auszumachen ist, aber mit diesem Postulat ist vor allem gemeint, dass die Marktwirtschaft „eigentlich“ sozial sei und nicht, dass das Soziale einen Gegenpol zu marktwirtschaftlichen Prämissen bilden soll. Deshalb bilden schön klingende Ziele nicht unbedingt einen Widerspruch mit einer recht unschönen sozialen Realität zugunsten marktwirtschaftlicher Prämissen. Sozial wäre deshalb vor allem der Widerstand gegen irgendwelche wirtschaftspolitisch motivierte Diktate im Interesse der Marktwirtschaft und ihrer ungleichen Verteilung gesellschaftlicher Werte zwischen Kapital und Arbeit. Aber eine Kritik der Marktwirtschaft ist nicht gerade das, was als gewerkschaftliche Grundaufgabe gilt. Wie auch? Gehört die Ware Arbeitskraft doch untrennbar zur (kapitalistischen) Marktwirtschaft, ja, ist sogar dessen Grundvoraussetzung auch dann, wenn immer weniger Menschen vom Verkauf ihrer Arbeitskraft leben können.

Dem gegenüber stellen die gegenwärtigen sozialen Auseinandersetzungen des internationalen Widerstands gegen Sparpakete zur Euro-Rettung durchaus etwas sehr Konkretes dar, auch wenn sich weder deren weltanschauliche Zusammensetzung noch deren Ziele immer eindeutig ausmachen lassen. So trifft es tatsächlich zu, dass – wie z.B. im Sommer in Spanien - „rechts“ wie „links“ gemeinsam für einen Systemwechsel auf die Straße gingen. Dies mag man nun als Nachteil oder Vorteil sehen. Die Wertung ist jedoch ziemlich irrelevant anlässlich des Umstandes, dass es nun einmal so ist. Und nicht nur in Griechenland ertönt aus den Reihen der Demonstranten gegenüber ausländischen Finanz- und Wirtschaftskontrolleuren (verharmlosend in den Medien oft „Troika“ genannt) der Ruf „Haut ab!“. Tatsächlich wird für immer mehr Menschen das „Ja zum Euro!“ zu einer völlig lebensfremden Intension, weil mensch überhaupt mehr und nicht weniger Geld braucht, egal wie die bunten Scheine auch bezeichnet werden. Diese Defizite betreffen auch Deutschland. So meldete das Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) Anfang November, dass nach neusten Berechnungen in Deutschland „lediglich die obersten zwei Zehntel der Beschäftigten ein leichtes Plus bei den realen Bruttomonatslöhnen verzeichnen“ konnten. „Im Schnitt hatten die Deutschen pro Monat 93 Euro“ 2010 „weniger in der Tasche“ als im Jahre 2000.

Und was die mächtigen Euro-Stabilisierer in der Tat immer wieder nur bringen, ist die Forderung nach noch mehr Sparen und somit noch weniger Geld auf der Hand der Sparopfer sowie den Ausverkauf von Staatseigentum an Privat garniert mit dem Abbau „nicht marktförmiger“ sozialer Regelungen. Ein „Ja zum Euro“ ist für immer mehr Menschen also zugleich ein „Nein“ zu einer ausreichenden Existenzsicherung, die immer mehr auch zu einer brutalen Existenzbedrohung wird. So berichtete das Gesundheitsjournal „The Lancet“ unter der Überschrift „Health effects of financial crisis: omens of a Greek tragedy“ am 10. Oktober von einer Studie der Universität Cambridge, die den Nachweis führt, dass das griechische Gesundheitssystem kurz vor dem totalen Kollaps steht und sich die gesundheitliche Situation der Bevölkerung wegen der Finanzkrise extrem verschlechtert hat. Die Euro-Rettung hat also einen hohen Preis, den besonders die bezahlen sollen, die am wenigsten von einem starken Euro profitieren. Die Betroffenen verbindet nicht irgendwelche Währungskonkurrenz, sondern das gemeinsame internationale Interesse gegen die heutige Wertverteilung und Wertsicherung gerade auch in anderen Währungsbereichen, wie beispielsweise dem US-Dollar. Die Währungskonkurrenz ist sowie so nur ein Ausdruck der für die (kapitalistische) Warenwirtschaft typischen Konkurrenz - auch auf dem sog. „Arbeitsmarkt“. Sie ist somit nicht das, woran sich ernst gemeinte gewerkschaftliche Solidarität orientieren sollte.

Aber auch aus marktwirtschaftlicher Sicht sind die Euro-Stabilisierer in den verschuldeten EU-Staaten am falschen Platz. So brauchen die EU-Staaten wie Griechenland, Spanien, Portugal, Italien usw. nicht „Deutschland“, wie der DGB mit etwas Nationalstolz behauptet, sondern vor allem deutlich höhere Löhne und Sozialleistungen besonders in Deutschland sowie eine interne Abwertung der deutschen Überschüsse. Es ist gerade diese Überbewertung, welche die deutsche Politik davor zurückschrecken lässt zur D-Mark zurückzukehren und das Loblied auf die „große europäische Gemeinschaft“ singen lässt. Ein solcher Schritt würde nämlich (derzeit) zu einer Aufwertung von 30 bis 50 Prozent führen und so das Ungleichgewicht innerhalb der Euro-Zone auch zum Nachteil der deutschen Wirtschaft unabweisbar verschieben. Eine solche schlagartige Verteuerung deutscher Exporte wäre jedoch nicht die Schuld irgendwelcher Schuldnerstaaten. Eher würde wohl zu treffen, dass sich mit ihren immer wieder tolerierten Billiglöhnen – vor allem Dank der Hartz-Gesetze - die großen Gewerkschaften in Deutschland ihr eigenes Grab geschaufelt haben. Schließlich ist mit der erpresserischen Sozialpolitik das Sparen zugunsten der Kapitaleseite auch hier im Land kein Fremdwort. Der Unterschied besteht eher im Ausmaß und Umfang der existenziellen Erpressung, weshalb es aus gewerkschaftlicher Sicht nahe liegt die Sparpakete in Griechenland als mögliche Zukunft auch für Deutschland zu betrachten. Davon ist der DGB offensichtlich immer noch meilenweit entfernt.

Es ist also sehr verständlich, dass die „Arbeitgeberseite“ den Euro auf jeden Fall retten will. Aber der DGB? Wessen Interessen vertritt er überhaupt mit seiner Befürwortung von „Rettungsschirmen“, welche nichts anderes sind, als eine Sozialisierung von privaten Risiken und Verlusten? Ich hoffe, dass der DGB aus der Geschichte lernt und nicht den Fehler von 1985 wiederholt, als es auch wegen der zu geringen internationalen Solidarität der britischen Regierung unter Margaret Thatcher gelang, trotz massivem Streik der britischen Bergarbeiter, den gewerkschaftlichen Widerstand zu zerschlagen. Dieser Sieg der Kapitaleseite wirkt bis heute fort. Schließlich war ein Ziel der gewerkschaftsfeindlichen britischen Regierung damals ebenfalls der Schuldenabbau.

Immer weiter auf wackligem Untergrund?

Es ist allerdings fraglich, ob sich die nationalen Interessen Deutschlands durch weitere Sozialisierungen privater Verluste innerhalb der Euro-Zone überhaupt erfolgreich durchsetzen lassen. Nicht nur wegen der im Umfang wachsenden Sparpakete, hauptsächlich zu Lasten derjenigen, die nur ihre Arbeitskraft anbieten können und wenn dies selbst mit Hungerlöhnen nicht gelingt, auf Sozialleistungen angewiesen sind, die auch immer mickriger ausfallen. Auch die Erhöhung der Geldmenge birgt die Gefahr einer offenen Inflation. Wird damit doch nur jener Forderungsbestand weiter erhöht, der spätestens dann nicht mehr realwirtschaftlich gedeckt ist, wenn die Schuldzinsen, der „Preis fürs Geld“, das Wirtschaftswachstum deutlich übersteigen. Der Kauf von Schuldtiteln durch die Europäische Zentralbank (EZB) bedeutet nur, entweder mehr Geld „zu drucken“ oder durch Umverteilung von unten nach oben das zu bezahlen, dem sonst nichts an realem Wert gegenüberstünde. Die Gefahr einer offenen Inflation wird nicht dadurch gebannt, dass die EZB „gutes“ Geld gegen zweifelhafte Wertpapiere als Sicherheit eintauscht. So bezahlen solche Art von Schuldentilgung in jedem Fall diejenigen, die nichts haben, um es zu verleihen, für diejenigen, die zuviel besitzen um Kredit zu geben. Schließlich stellen selbst die paar Euro Regelsatz wie überhaupt jede staatliche Ausgabe für soziale Belange, immer noch einen realen Wert dar, den man zur Gläubigerbefriedigung nutzen kann.

Sinnvoll erscheint deshalb eher ein Abbau von Schulden ausschließlich durch Verluste (oder Verzicht) auf der Seite der Gläubiger, statt einer Sozialisierung von privaten Verlusten und damit einer Risikominimierung, bei der die einen immer offensichtlich nur auf Kosten der anderen leben. Vermögensverluste würden die Menge an Forderungen reduzieren, statt durch die Erhöhung der Geldmenge offenkundig destruktive Forderungsüberhänge abzusichern. Dass diese Forderungsüberhänge destruktiv sind, stellt sich gerade in dem Umstand dar, dass ihre Stabilität die Aufgabe jeglicher sozialstaatlichen Orientierung zu Gunsten von Sparpaketen bedingt. Doch vor einer Inflation haben offensichtlich alle Angst – auch der DGB. Dass gerade die jetzige Stabilisierungspolitik aus Steuergeldern zu Gunsten von privaten Gläubigerforderungen alles nur noch instabiler machen könnte, wird verdrängt, obwohl auf der Hoffnung der herrschenden Wirtschaftspolitik vom Vortag, bereits die nächste Ernüchterung folgt. Denn Märkte lassen sich „nicht beruhigen“, weil Konkurrenz das maßgebliche Prinzip dafür ist, ob jemand nun gewinnt oder verliert. Mit den offiziellen Beruhigungsprogrammen sind auch nur jene Anleger gemeint, die nicht verlieren sondern gewinnen wollen. Aber es liegt nun mal im Wesen der marktwirtschaftlichen Konkurrenz, dass nicht alle gewinnen können. Die Frage ist nur, wer dabei auf der Strecke bleibt.

Deshalb liegt hier das Ergebnis zwangsläufig außerhalb jeder Schuld der von der Krise in der EU negativ Betroffenen. Wenn man schon die Frage stellt, wer hier „über seine Verhältnisse gelebt“ hat, so kann die Antwort wohl nur in dem Hinweis bestehen, dass viel zu viel Privatvermögen existiert. Es ist nicht die auf den Verkauf ihrer Arbeitskraft existenziell angewiesene Mehrheit der Bevölkerung. Und sie kann bei der Verteidigung ihrer ureigensten Lebensinteressen nicht auf Rechtskonstrukte Rücksicht nehmen, die sie nicht gestaltet hat und der sie aus existenziellen Gründen nun nur noch massiven Widerstand entgegensetzen kann. Zwar klang das, was der damalige französische Außenminister Robert Schuman am 9. Mai 1950 zu Frieden und Harmonie bezüglich eines vereinten Europas ausführte, recht romantisch. Die Realität führte jedoch weder zu Frieden noch zu Harmonie, sondern zu einer immer ungleicheren Verteilung der durch Arbeit geschaffenen Werte. Es sind auch wirtschaftliche Interessen, die weltweit statt Frieden Krieg und Hunger brachten. Aufgrund des heutigen Bestandes an Forderungen ist Hunger nicht mehr zeitgemäß. So beispielsweise auch nicht, dass nach dem Erdbeben im Januar 2010 in Haiti bis jetzt 6000 Menschen wegen Cholera sterben mussten. Es käme eigentlich darauf an Vermögen anders zu verteilen, statt es zu retten.

Es ist also mehr als fraglich, ob die von Anton Kobel gewünschte Transformation der EU in ein sozial gerechteres Europa überhaupt funktionieren kann. Diese Frage stellt sich nicht nur, weil die EU von Anfang an, also bereits als Montanunion, juristisch als eine Freihandelszone konzipiert wurde, in der der wirtschaftlich Stärkere stets im Vorteil ist. Diese Frage stellt sich auch, wegen der extrem und permanent wachsenden ungleichen Verteilung gesellschaftlicher Werte zwischen Kapitaleigentümer und Arbeit, dem das EU-Konstrukt innen- wie außenpolitisch juristisch angepasst wurde und mit seiner Primärrechtsetzung hervorragend dient. So ist gegen einseitige Kapitalinteressen über das EU-Rechtskonstrukt keine Berufung mehr auf Grundrechtsverletzung nach dem Grundgesetz möglich, erklärte doch der 2. Senat des Bundesverfassungsgerichts Anfang Oktober unmissverständlich: „Auch eine innerstaatliche Rechtsvorschrift, die eine Richtlinie oder einen Beschluss in deutsches Recht umsetzt, wird nicht an den Grundrechten des Grundgesetzes gemessen, wenn das Unionsrecht dem deutschen Gesetzgeber keinen Umsetzungsspielraum belässt, sondern zwingende Vorgaben macht“ (BVerfGE 1 BvL 3/08 v. 04.10.2011, Pressemitteilung). Die heutige EU ist also in der Tat Produkt eines Transformationsprozesses. Allerdings in Richtung einer sogar juristisch gefestigten Diktatur des Kapitals.

Diese funktioniert hervorragend, insbesondere durch das seltsame Rechtskonstrukt der Kommission, die einzige Institution, die neue Gesetzgebungen initiieren kann und für deren inhaltliche Gestaltung sie sog. Expertengruppen unterhält. „Der Unternehmenssektor ist mit geschätzten 6.000 Mitgliedern unter den nichtstaatlichen Mitgliedern in den ExpertInnengruppen am stärksten repräsentiert“, stellt die Arbeiterkammer Wien in einer Analyse zum „Lobbyismus in Europa“ fest (vgl. infobrief eu&international, Sonderausgabe 3a, September 2011, S.14). Die Kommission „gewährt Unternehmen eine formelle Rolle bei der Willensbildung in der EU, die in diesem Ausmaß keinem anderen Sektor zukommt“ (a.a.O.). Die Rolle des EU-Parlaments, was natürlich ebenso von Lobbyinteressen bombardiert wird, fasste recht treffend jüngst ebenfalls das Bundesverfassungsgericht mit den Worten zusammen: „Das Europäische Parlament wählt keine Unionsregierung, die auf seine fortlaufende Unterstützung angewiesen wäre. Ebenso wenig ist die Gesetzgebung der Union von einer gleichbleibenden Mehrheit im Europäischen Parlament abhängig, die von einer stabilen Koalition bestimmter Fraktionen gebildet würde und der eine Opposition gegenüberstünde. Zudem ist die unionale Gesetzgebung nach dem Primärrecht so konzipiert, dass sie nicht von bestimmten Mehrheitsverhältnissen im Europäischen Parlament abhängig ist“ (BVerfGE 2 BvC 4/10, 6/10, 8/10 v. 09.11.2011, Pressemitteilung Nr. 70/2011). Unverständlich ist, warum das Gericht davon aus-

geht, dass gegen „zwingende“ Kapitalvorgaben keine Grundrechtsverletzungen geltend gemacht werden könnten. Da zu den Grundrechten in Deutschland auch Grundgesetz Art. 9 gehört und damit das Recht auf Arbeitskämpfe „zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen“ (Abs. 3), sind mit diesem Verzicht, elementare gewerkschaftliche Rechte betroffen.

Mitte September sprach Oskar Lafontaine auf dem Landesparteitag der Partei Die Linke Nordrhein-Westfalen sehr symbolträchtig vom „Feudalismus in der Wirtschaft“. Wenn dieser Feudalismus maßgeblich die Rechtsetzung der EU bestimmt, sollte eigentlich klar sein, dass sich dieser „Feudalismus“ genauso wenig in eine sozialstaatliche Demokratie transformieren lässt, wie jener Feudalismus, den die bürgerliche Revolution einmal zum Gegner hatte.

Widerstand – Chance oder Problem?

Es reicht also nicht, unverbindlich nach Demokratisierung der heutigen EU zu rufen, wenn sich die Forderung nach „Echter Demokratie“ aktuell vor allem in den Widerständen gegen die bestimmende Wirtschaftsideologie des EU-Konstrukts darstellt. Anton Kobel hat zweifellos Recht, wenn er Kritik für zu wenig hält. Dass jedoch – wie er meint – „über die Finanzkrisen und den Umgang damit ohnehin bereits ein neues, staatsähnliches Gebilde in Europa entsteht, das in vielen Bereichen zunehmend den Nationalstaat verändert bzw. aushöhlt“, ist keine tragfähige Grundlage dafür, „den europäischen Stier und seine Ökonomie bei den Hörnern zu packen und ihn zu reiten“. Schließlich kann aus einem geltenden Rechtskonstrukt zur Reichtumsmehrung für einige wenige nicht ohne Rechtsbruch das Gegenteil gemacht werden. Dafür ist außerdem im positiven Sinne des Begriffs der Widerstand viel zu international. Es ist nicht einmal ausgemacht, woher die stärksten Impulse bezüglich eines grundlegenden Systemwechsels letztlich kommen. So ging die Bewegung zur Besetzung der zentralen Finanzinstitutionen von den USA aus und wurde in anderen Ländern – einschließlich Japan und Indonesien – als Anregung für einen weltweiten Protesttag am 15. Oktober übernommen. Trotz der in der EU dominierenden Kapitalinteressen, ist gerade in Deutschland die Einsicht in die Notwendigkeit und auch juristische Folgerichtigkeit von politischen Streiks in der Gewerkschaftsbewegung immer noch kaum entwickelt. Eine Ursache dafür kann der in den großen Gewerkschaften immer noch existierende sozialdemokratische Einfluss sein. Schließlich war es auch die Sozialdemokratie, die im Bündnis mit den Grünen durch existenzielle Erpressung und populistischer Propaganda eine Niedriglohnpolitik im Interesse des Kapitals durchsetzte.

Bestenfalls lässt sich die Argumentation von Anton Kobel als erklärter Wille zur Auflösung nationaler Orientierung interpretieren. Die Frage ist nur, worin dann der Sinn bestehen soll, die Widerstandsaktionen gegen die heute vorherrschende Wirtschaftsideologie in ein neues europäisches Staatsgebilde wie die Vereinigten Staaten von Europa zu packen. Schließlich ist das, was die EU heute verkörpert – abzüglich jeglicher „Folklore“ - nur eine europäische Umsetzung der Mitte der 90ziger Jahre beschlossenen WTO-Wirtschaftspolitik unter wirtschaftstheoretischen Prämissen, die sich in Amerika vergleichbar in der Nafta-Freizhandelspolitik darstellen. Anders gesagt: Es kommt auf den Erfolg der Kämpfe gegen die heute vorherrschende weltweite Wirtschaftspolitik an und nicht auf die staatlichen Rahmenbedingungen. Der einzig maßgeblichen Rahmen stellt sich in dem sich zuspitzenden Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit dar. Was die nationale Orientierung speziell in Deutschland betrifft, sollte klar sein, dass die verschuldeten Staaten „immer die Bösen“ wären. Wäre beispielsweise Griechenland zu einer nationalen Währung zurückgekehrt, statt für „eine handvoll Euros“ Sparpakete und den Verkauf von staatlichem Eigentum zu akzeptieren, würden die gleichen Leute „auf die Griechen“ schimpfen, die zuvor einmal selbst Ausschluss oder Austritt befürworteten, sobald sich dieser Austritt für die deutschen Wirtschaftsinteressen („Exportweltmeister“) negativ auswirken würde. Entscheidend sind bei solchen ideologischen Wertungen die nationalen Nachteile für die großen EU-Staaten und nicht wodurch sie bedingt sind. Ob nun Griechenland aus der EU geworfen wird, selbst austritt oder EU-Mitglied bleibt, ist allerdings nebensächlich bezüglich der Frage, wie der Widerstand gegen die Spardiktate letztlich erfolgreich sein kann. Ein über die EU hinaus gehender Internationalismus erscheint mir hierfür unverzichtbar.

Denn es liegt auf der Hand, dass jede weitere Entlassung, jeder Lohn- und Sozialabbau, aber auch jeder Verkauf von Staatseigentum an privat, nicht der richtige Weg sein kann, um den Euro „zu retten“. Solche Euro-Rettung zerstört Eigentum, wenn auch nur das, der von Arbeitsplätzen und Sozialleistungen abhängigen Mehrheit der europäischen Bevölkerung. Dies allerdings nicht nur in den Schuldnerstaaten. So war die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes zur Griechenland-Hilfe und zum Euro-Rettungsschirm vom 7. September 2011 in sofern wohl „ein Schuss in den Ofen“, weil dieser selbst dann angeblich noch verfassungsrechtlich akzeptabel sein soll, wenn zur „vollständigen Realisierung des Gewährleistungsrisikos die Verluste über Einnahmesteigerungen,

Ausgabenkürzungen und über längerfristige Staatsanleihen noch refinanzierbar wären“ (BVerfGE 2 BvR 987/10 u.a. Pressemitteilung). Was soll daran verfassungsrechtlich legitim sein, wenn die einen verzichten, damit die anderen (weiter) verdienen? Es käme auch hier darauf an, dass nur diejenigen Schulden tilgen, die sich das ohne existenzielle Einbußen leisten können, was einen großen Teil der Bevölkerung bereits von daher, von jeglicher (auch indirekten, steuerlichen) Tilgung ausnehmen würde. Es stellt deshalb einen Widerspruch dar, einerseits die sogenannte Schuldenbremse im (Grundgesetz Art. 109 Abs. 3 und Art. 115 Abs. 2) für verfassungskonform zu halten, andererseits jedoch höhere Belastungen des Bundeshaushalts zur „Euro-Rettung“ zu akzeptieren. Denn weder ist so der Ausschluss von Sozialabbau gewährleistet, noch werden höhere Vermögen entsprechend mehr belastet. Die gerade in Deutschland sehr ungleiche Verteilung gesellschaftlicher Werte bleibt vielmehr erhalten, obwohl sie ein Faktor dafür ist, dass überhaupt aus Steuergeldern Zahlungsausfälle von Gläubiger übernommen werden sollen.

Zurecht betont Anton Kobel, dass die Politik nur „reagiert“ und dass vom „viel beschworenen Primat der Politik (...) nicht viel sichtbar“ sei. Auch die Rechtsprechung scheint nur wirtschaftlichen Zwängen mehr oder weniger zu folgen, wie auch die Entscheidung des höchsten deutschen Gerichts zeigt. Was den Widerstand gegen die Art und Weise der Euro-Rettung betrifft, liegt Anton Kobel allerdings daneben, wenn er polemisch fragt, „gegen wen“ denn nun in Athen, Madrid und Rom gestreikt und protestiert würde: „Gegen die Politik? Die Märkte? Die Spekulanten? Die Ratingagenturen? Gegen anonyme Mächte (...)?“ Denn was Anton Kobel dem angeblich unbestimmten Zielen des Widerstands entgegenhält, ist mit dem Ziel der „Vereinigten Staaten von Europa“ nun wahrlich alles andere als konkret. Die „Macht der Märkte und des Finanzkapitals“ beschneiden? Meinetwegen. Nur weshalb benötigt man dazu ein neues europäisches Staatsgebilde? Ebenso ist die Forderung nach einer „Entmachtung der fast allein herrschenden Regierungschefs und Finanzminister“ nichts, was der Widerstandsbewegung fremd ist. Anton Kobel interpretiert den Widerstand also nur im Sinne seines Konzeptes, obwohl das Ziel eines neuen europäischen Staatsmodells nicht gerade das ist, was den Widerstand nun besonders prägt. Wenn eines die unterschiedlichsten Aktionen und Proteste verbindet, dann ist es wohl der Inhalt und sicher nicht die Form. Was diesen Widerstand am meisten schwächen würde, wäre fehlende Konsequenz beim Bruch mit eben dieser Wirtschafts-ideologie. Dieser sollte der „Idee“ von einem neuen europäischen Staatsgebilde vorausgehen und nicht umgekehrt das Pferd von hinten aufzäumen. Vor allem wäre es interessant zu diskutieren, wie die „Macht der Märkte“ überhaupt erfolgreich beschnitten werden könnte. Mit einer vorrangigen Verteidigung des Euros sicher nicht. Denn in dessen Gefährdung stellt sich ja nicht anderes dar, als die Macht der Märkte. Deren jetzige Krise ist typisch für eine Marktwirtschaft.

Wie notwendig dieser Bruch ist, zeigt beispielhaft die Erklärung der Staats- und Regierungschefs der EU vom 21.07.2011, in der es u.a. heißt: „Uns ist bewusst, welche Anstrengungen diese Anpassungsmaßnahmen für die griechischen Bürgerinnen und Bürger bedeuten, und wir sind überzeugt, dass diese Opfer unumgänglich sind, um die Wirtschaft wieder anzukurbeln, und zur künftigen Stabilität und zum Wohl des Landes beitragen werden“. Dieser überhebliche Ausschließlichkeitsanspruch ist nicht nur von der Sache äußerst fragwürdig, sondern auch eine Bankrotterklärung. Man weiß schlichtweg nicht mehr weiter. Die Frage ist nur, ob man diese Perspektivlosigkeit einfach übernimmt. Dies nicht zu akzeptieren, ist wohl eindeutig das Positive an all den Widerstandsaaktionen in der EU ebenso wie in Nordafrika (einschließlich Israel), den USA oder irgendwo anders.

Zwischen Verlustängsten und Gewinn

Konsequenz bei der Forderung nach Systemwechsel ist jedoch nicht so selbstverständlich, wie es vielleicht an Betrachtung des internationalen Widerstands erscheint. Denn selbst bei aller Solidarität mit den Protesten sollte nicht übersehen werden, dass diese Proteste nicht einfach irgendwelche Sicherheiten bringen, sondern umgekehrt gewohnte Sicherheiten zugleich erheblich in Frage stellen (können). Dies kann im Sinne von Bertold Brecht („Das Sichere ist nicht sicher“) positiv gesehen werden. Der Verlust von Sicherheit kann jedoch auch ängstigen. Erfordert dies doch die Bereitschaft Gewohntes loszulassen um dem Neuen überhaupt eine Chance auf Realisierung zu geben.

Die Angst vor Veränderung ist kein ausschließliches Merkmal „nationalpopulistischer“ Bewegungen, die aus der Krise der EU eine Chance für einen nationalen Rückzug sehen. Auch die „Realisten“, die im Erhalt der Euro-Zone den einzigen Weg aus der Krise sehen, befürchten das Schlimmste, falls dies nicht gelingen sollte. Tatsächlich verkörpert die deutsche Wirtschaftsleistung zwar mehr als ein Viertel der EU-Wirtschaftsleistung. Diese wäre jedoch erheblich gefährdet, falls die EU wirtschaftlich zerfallen würde. Ein Staatsbankrott Griechenlands hätte zweifellos auch für Deutschland nachteilige

Folgen. Folglich fürchten auch die Menschen mit nur durchschnittlichem Einkommen und Vermögen um ihr „Angespartes“. Diesen Verlustängsten stehen wiederum Teile der Linken (aus „Volksverbundenheit“?) nicht völlig ablehnend gegenüber. Dies zeigen die vielen Vorschläge zum Erhalt des labilen kapitalistischen Ganzen. Wie schon 2008 fürchtet man den Zusammenbruch des Finanzsystems und will deshalb „zunächst“ retten, was zu retten ist. Ob das überhaupt gelingen kann oder (noch) wünschenswert ist, wird jedoch kaum ernsthaft diskutiert.

Geht man vom Widerstand gegen die Sparpakete aus, wird die Solidarität unter bestimmten Gesichtspunkten tatsächlich zu einem emotionalen Drahtseilakt. Denn einerseits wird die Lebenssituation vieler Menschen gerade wegen der Spardiktate immer prekärer. Andererseits soll möglichst konsequentes und unsentimentales Sparen das rettende Nadelöhr sein. Der Preis für solche Rettungsversuche des Kapitalismus ist allerdings sehr hoch. Und das auch in Deutschland. So meldete beispielsweise am 12. Oktober das Statistische Bundesamt in Wiesbaden das ein Viertel der Lohnabhängigen so wenig erhalten, dass sie kaum noch Lohnsteuer zahlen (müssen). Der Zuwachs an Erwerbstätigkeit wird auch bei uns immer mehr nur noch durch Lohnverzicht bezahlt. Die Zunahme der Erwerbstätigkeit bei parallel sinkenden Reallöhnen bildet nämlich keinen Gegensatz, sondern stellt einen einheitlichen Prozess dar. „Nach den Kriterien der OECD bezieht inzwischen jeder fünfte Arbeitnehmer ein Billiggehalt“, er liegt also unter der offiziellen Niedriglohnschwelle, wie aus einer Statistik der Bundesagentur für Arbeit (BA) vom 10. November 2011 hervorgeht. Die Ausbeutungsrate der menschlichen Arbeitskraft wird als immer weiter erhöht, ein Effekt, der sich dadurch noch steigern lässt, dass der Anteil an dieser kostengünstigen Ware erhöht wird. Was hier eingespart wird, schlägt sich jedoch in einer deutlich höheren Dividende nieder. „Weil die Konzerne so viel an ihre Eigentümer ausschütten wie selten zuvor, liegen die Renditen teilweise bei mehr als zehn Prozent“, stellte Mitte November Andreas Scholz fest (SPIEGEL-Online 13.11.2011 „Aktionäre profitieren vom Dividendenrausch der Konzerne“). Die Umverteilung läuft also nicht nur über die Finanzwirtschaft, sondern setzt bereits „ganz unten“ bei den Eigentümern am Produktivkapital und bei der Verteilung der durch Arbeit erzeugten Werte an. Dies scheinbar umso mehr, je unsicherer der Handel mit Eigentumsanteilen (Aktien) wird.

In Staaten wie Griechenland, Spanien, Portugal usw. wirken die gnadenlosen Sparpakete für die dortige Wirtschaft sichtbar zerstörerisch. Statt Stabilität sinkt die Wirtschaftsleistung und wächst die Erwerbslosigkeit. Auch die Sparbeschlüsse der portugiesischen Regierung Mitte Oktober verschlechtern nachhaltig das Verhältnis von Produktion und Konsum und brachten auch dort eine Zunahme des Widerstands gegen diese einseitigen Rettungsanker. Somit gefährdet der Widerstand die Sparpläne und damit das, womit die herrschende Wirtschaftstheorie den Zusammenbruch der EU gerade verhindern will. Aus linker und gewerkschaftlicher Sicht bedeutet dies, dass man nicht unbedingt beides haben kann. Es entsteht die Notwendigkeit sich zu entscheiden: Entweder Sparpakete oder Widerstand, entweder Euro-Rettung oder ausreichende Existenzbedingungen für alle. Jeder Mittelweg setzt nur die Umverteilung von unten nach oben weiter fort, statt die Richtung der Werteverteilung umzukehren.

Nix als Schulden? Trennendes und Verbindendes

Die in der Protestbewegung beliebte Formel „Wir sind die 99 Prozent“, basiert auf der Einschätzung, dass der Reichtum auf nur 1 Prozent der Weltbevölkerung gegenwärtig reduziert ist und eine andere Verteilung das Problem lösen könnte. Letzteres trifft im gewissen Sinne tatsächlich zu. Die erste Annahme vernachlässigt die Verknüpfung der „99 Prozent“ mit dem System der „1 Prozent“.

So würde eine andere Verteilung auch den Forderungsbestand reduzieren, da sich ein großer Teil des Reichtums sich in Wertaufbewahrung bzw. Forderungen (juristische Eigentums Garantien) darstellt. Da sich Wert jedoch nicht einfach aufbewahren lässt, ist eine umso höhere Wertschaffung durch Arbeit erforderlich, je mehr Werte von immer wenigen Reichen aufbewahrt werden. Gelingt dies nicht, kommt es zu einer Finanzkrise mit den bekannten Folgen, dass die Mehrheit der Bevölkerung immer mehr zur Wertstabilität abgeben soll, sei es durch niedrige Löhne und Sozialleistungen oder durch höhere Abgaben. Es wird also versucht den Preis der Arbeit immer weiter nach unten zu drücken bei gleichzeitig wachsendem Interesse die Wertschaffung durch Arbeit trotzdem zu erhalten. Die Angriffe auf die Tarifautonomie zugunsten höherer Ausbeutungsraten der menschlichen Arbeitskraft gegenwärtigen in den Schuldenländern ist danach ebenso folgerichtig, wie das Absenken der Ausgaben im Bereich des Sozialen und nicht mehr Ausbeutbaren.

Dabei spielt der Kredit eine zentrale Rolle, womit bereits eine wesentliche Unterscheidung auftritt, die sich ganz abstrakt so darstellen lässt, dass die eine Gruppe das gegen Zinsen verleiht, was der

anderen Gruppe fehlt. Theoretisch zumindest steht jedem Gläubiger ein Schuldner gegenüber oder umgekehrt, was voraussetzt, dass dem einen das fehlt, was die andere Seite besitzt. In der herrschenden Wirtschaftstheorie wird dieser Vorgang teilweise als „Sparen“ bezeichnet. Derjenige, der etwas besitzt, konsumiert sein Einkommen nicht, sondern legt es an, z.B. für Investitionen in der Industrieproduktion und damit im Sinne einer Arbeitsplatzschaffung. Der Kredit wird so als eine Art „Wohltat“ aufgefasst, mit der die Kreditgeber dazu beitragen würden, dass alles „gerecht“, im Sinne von Wirtschaftswachstum, steigender Produktivität, Arbeitsplatzsicherheit und gesellschaftlichen Wohlstand läuft. Je höher das Vermögen, umso größer wäre demnach die Wohltat des reichen Kreditgebers oder, wie es der Wirtschaftstheoretiker und Publizist Thomas Strobl provokant in seiner letzten Veröffentlichung „Ohne Schulden läuft nichts: Warum uns Sparsamkeit nicht reicher, sondern ärmer macht“ (dtv 2010) zusammenfasst: „Wer den Kapitalismus, in welcher Form auch immer, gut findet, kann Schulden nicht prinzipiell ablehnen“ (vgl. Interview Thomas Strobl, managermagazin-Online v. 15.11.2010). Diese Sichtweise ist in sofern zutreffend, wie eine ungleiche Verteilung von Werten für den Kapitalismus und dessen Entwicklung existenziell ist, weil nur dies möglich macht, dass die einen das als Kredit geben können, was den anderen fehlt, oder – wie Thomas Strobl selbst erklärt -: „Dem Überschuss der einen Seite muss immer irgendwo ein Defizit gegenüberstehen“ (a.a.O.). Vernachlässigt wird dabei jedoch die dem Kapitalismus trotz allem Fortschritt inhärente Destruktivität, die sich gerade besonders anschaulich im Kredit darstellt und sich aktuell manchmal im öffentlichen Bewusstsein darin ausdrückt, dass nicht Deutschland mit seinen Überschüssen die Ursache für Schulden wie auch in Griechenland sei, sondern einseitig nur auf die „bösen“ Schuldnerstaaten geschaut wird. In Wahrheit würden ohne die Schulden Griechenlands, Spaniens, Italiens usw. die deutschen Überschüsse geringer ausfallen. Ohne die „heißgeliebten“ Überschüsse gäbe es keine Schulden und umgekehrt. Etwas entlastet wird die deutsche Sucht nach immer mehr allerdings durch den Umstand, dass es noch andere Reiche gibt – auch in Griechenland übrigens.

Eine Kreditvergabe ist prinzipiell stets mit der Verpflichtung verbunden, jene Werte zu schaffen, welche eine Rückzahlung plus Zinsen erst ermöglichen. Der Kredit geht in sofern immer der Wertschaffung und somit seiner Deckung voraus und enthält durch die Zinsen bereits im Kern eine Umverteilung vom Schuldner zum Gläubiger, weil nicht nur die Schuld selbst, sondern auch der Preis für das geliehene Geld bezahlt werden soll. Dies ist jedoch nur ein anderer Ausdruck dafür, dass es mit einem Kreditwesen keine gleiche („gerechte“) Verteilung von gesellschaftlichen Werten geben kann, und die existenzielle Abhängigkeit der Mehrheit der Menschen vom Verkauf ihrer Arbeitskraft untrennbar zum Kreditwesen gehört. Was den (gesetzlichen) Inflationsausgleich bezüglich der Höhe des Zinssatzes betrifft, ist das nicht der wahre ökonomische Kern für Zinsen, sondern nur ein Ausdruck dafür, dass diejenigen, die ihr Geld verleihen (können), nicht das Risiko, sondern die Sicherheit bevorzugen. Es lässt sich allerdings umso mehr Geld durch Kreditvergabe machen, je höher das Risiko ist, bzw. wird höheres Risiko durch höheren Gewinn belohnt. Deshalb gilt: Je höher das Ausfallrisiko, umso höher liegt der Zins.

Dies bedeutet jedoch auch: Je höher durch Umverteilung von unten nach oben die Rückzahlung einschließlich der Zinsen staatlicherseits gewährleistet wird, umso lohnender sind „Risikoanlagen“. Dies ist eine der wesentlichen Ursachen für die jetzige Währungskrise. Die Immobilienblase in den USA war nur ein Ausdruck dieses Zusammenhangs. Wenn jemand „über seine Verhältnisse“ lebt, so ist es danach nicht die Bevölkerung irgendeines verschuldeten Staats, der extrem überhöhte Gläubigerforderungen nicht mehr durch Wirtschaftsleistung ausgleichen kann. Es ist vielmehr eine Wirtschaftspolitik, die einen Überhang von Forderungen nicht nur zulässt, sondern sogar noch fördert. So stellt beispielsweise die vieldiskutierte „Hebelung“ des EFSF-Rettungsschirms auf einen Umfang über die Staatsgarantieren hinaus nichts weiter dar, als ein Aufruf an Privatinvestoren in jene Schuldenländer noch mehr zu investieren, die bereits jetzt schon nicht ihre Schulden ausgleichen können. Der Effekt ist ein Anwachsen privater Forderung gesichert nun nicht mehr durch die Schuldenländer selbst, sondern notfalls über Steuergeld, also Umverteilung durch Sparpakete auch in den Geberländern. So ist bereits jetzt schon die Europäische Zentralbank anstelle privater Kreditgeber zum größten Gläubiger gegenüber europäischen Schuldnerstaaten geworden (im Falle Griechenlands z.B. mit mehr als 50 Milliarden Euro, Stand Oktober 2011). Für Dirk Schiereck, Bankenexperte von der TU Darmstadt, klingt das Hebelungskonzept „nach Staatszockerei“, bei der die Gewinner ebenso feststehen, wie die Verlierer. Denn diese Art „Schuldenabbau“ baut auf Sicherheit der Investoren und zunehmende soziale Unsicherheit der Opfer auf. Der Effekt ist jedoch auch ein Anwachsen des Forderungsumfanges zur Sicherung von Forderungen, die bereits jetzt als Wertaufbewahrung überhöht sind. Die Ohnmacht der Politik gegenüber den Märkten, die Anton Kobel konstatiert, besteht genau in diesem sich selbstverstärkenden Mechanismus. Jede Art von einer „Beruhigung der Märkte“ läuft immer wieder darauf hinaus, wirtschaftspolitische Verhältnisse zu schaffen, die den Forderungsbestand immer weiter von der realen Wertschöpfung entfernen und das Gefälle zwischen Arm und Reich noch mehr vergrößern. Eine bestimmte Menge an Geld kann nun

mal nicht einfach vervielfacht werden, ohne dass jemand zahlt (vom „Gelddrucken“ hier einmal abgesehen). Ebenso bauen staatliche Bürgschaften auf dem Gefühl auf, dass im Fall des Falles „die Richtigen“ zur Kasse gebeten werden. Dass dies nicht die reichen Geldgeber sein können, liegt in der Natur der Sache. Denn mit Bürgschaften sollen ja gerade sie beruhigt werden. Erst wenn trotz Sparpaketen die Schulden weiter wachsen, kommt Misstrauen an so gesicherten Rettungsaktionen auch bei den Gläubigern auf.

Doch es sind Forderungsüberhänge, welche die Wirtschaft nicht mehr stabilisieren, sondern diese Wertbasis nur noch mehr belasten. Diese destruktive Wirkung hängt entscheidend von der Höhe der Gläubigerforderungen ab. „Destruktiv“ auch deshalb, weil damit die eigentliche Wertbasis, die Realwirtschaft und damit die Basis für Wertstabilität letztlich zerstört wird. Es kommt darauf an, wie stark der Forderungsbestand über der realen Wertschaffung liegt. Ist die Kluft sehr groß, wirkt das destruktiv, was einmal als Fortschritt galt – der Kredit. Schuldenabbau ist dann nicht mehr durch höhere Wirtschaftsleistung möglich, obwohl die Kreditvergabe einmal durchaus für die Wirtschaftsentwicklung – im Sinne von Thomas Strobl – „fortschrittlich“ gewesen sein kann. Nun wird der Schuldenabbau zum Hemmnis für weiteres Wirtschaftswachstum, obwohl diese Destruktivität nur das folgerichtige Ergebnis davon ist, dass Schulden einmal für die Entwicklung des Kapitalismus konstruktiv waren.

Der ersatzlose Abbau von Gläubigerforderungen würde somit im gewissen Sinne den Forderungsbestand wieder an die realen Verhältnisse angleichen. Der finanzielle Ausdruck dieses Vorgang ist eine Reduzierung der Geldmenge und somit das genaue Gegenteil einer Erhöhung der Geldmenge zur Sicherung von Forderungen. Mit letzterem steigt nur der marktwirtschaftliche Zwang, die höhere Geldmenge durch noch mehr Wertsteigerung in der Realwirtschaft auszugleichen, was nur noch durch Lohnsenkungen und Streichung aller „unproduktiven“ sozialen Sicherheiten möglich erscheint. Dabei stellt das Spekulieren mit immer neuen Finanzprodukten keinen unvereinbaren Gegensatz zum Kreditwesen für den wirtschaftlichen Fortschritt dar, sondern ist wie der Literaturwissenschaftler Joseph Vogl treffend feststellt dessen Folge (vgl. „Das Gespenst des Kapitals“, Diaphanes Verlag, Berlin 2010). Da der Kredit grundsätzlich der Wertschaffung vorausgeht, kann auch ohne diese bis zu einem nicht klar definierbaren Umfang aus Geld noch mehr Geld gemacht werden, obwohl der Preis von Finanzprodukten mit der Wertschaffung in der Realwirtschaft nichts mehr gemein hat. Was so jedoch nur entsteht, sind keine realen, durch ökonomische Wertschaffung abgesicherten Forderungen, sondern Forderungen, die man nun noch bedienen oder einfach kappen kann. Die herrschende Wirtschaftspolitik entscheidet sich mit ihren Spardiktaten in der Regel für die erste Möglichkeit, obwohl die Destruktivität von zu viel Vermögen damit nur potenziert wird, was sich auch darin ausdrückt, dass beispielsweise das Ziel einer Euro-Rettung sich real ins Gegenteil verkehrt. Diejenigen, die u.U. sogar sehr viel an Geld auf der hohen Kante haben, gefährden mit ihrer fehlenden Bereitschaft zum Verzicht gerade das, was sie behalten wollen. Sie „flüchten“ aus dem Euro in Gold oder Schweizer Franken, obwohl genau das den Euro nur noch mehr destabilisiert. Allerdings entsteht so für diejenigen, die sich das leisten können, auch ein lukrativer Markt, auf dem man zwar alles verlieren, jedoch auch sehr viel gewinnen kann: So lässt sich mit sog. „Knock-Out-Zertifikaten“ auf den Goldpreis wetten, also auf die Flucht ins Gold all derjenigen, die darauf hoffen, den in dieses Edelmetall investierten Wert irgendwann einmal wieder zurück zu bekommen, was nur möglich wäre, wenn die Realwirtschaft irgendwann einmal wieder den Wert erzeugt, der die Investition in Gold wieder ausgleicht. Ansonsten ist die Flucht ins Gold ein reines Verlustgeschäft, wobei der Verlust umso höher ausfällt, je höher der Preis für dieses Edelmetall beim Kauf ist.

Doch fürchten um ihr Geld nicht nur die reichen Geldgeber, die sogar ein Teil ihres Geldes ohne große existenzielle Einbußen „verspielen“ könnten. Auch ein Teil der sog. „99 Prozent“ kann verlieren, wenn es dem Märchen glaubt, dass Geld angeblich „arbeiten“ könnte. Gemeint ist damit nach klassischem ökonomischem Verständnis nur, dass Geld investiert werden kann, weil dies Arbeitsplätze schaffen würde, die wiederum hohe Renditen für die Investoren abwerfen. Dadurch werden z.B. Eigentumsanteile an der gesellschaftlichen Produktion erworben, mit denen wiederum durch Arbeit Wert geschaffen wird. Allerdings wird bereits nach dem traditionellen marktwirtschaftlichen Verständnis von Adam Smith nur dort investiert, wo der private Anteil am Wert als möglichst hoch eingeschätzt wird. Gibt es Möglichkeiten ohne Investitionen in die Realwirtschaft sein Geld zu mehren, werden diese deshalb entsprechend der marktwirtschaftlichen Grundlogik vorgezogen. Dies folgt daraus, dass Smith dem Eigeninteresse eine soziale Komponente gab, die sich über die Marktwirtschaft automatisch realisieren würde. Da die Marktwirtschaft letztlich alles zur Handelsware machen kann und der Preis sich aus dem Verhältnis von Angebot und Nachfrage bildet, kann auch mit Eigentumsanteilen munter gehandelt werden. Ebenso natürlich mit Schuldtiteln, Währungsdifferenzen, Werten von Kreditausfallversicherungen usw. Das Problem besteht hier nur darin, dass mit Eigentumstiteln an gesellschaftlichen Werten gehandelt wird, weshalb jede Finanzkrise

genau betrachtet eine Wirtschaftskrise ist.

Die Vorstellung einer Sicherheit durch Geldanlagen verbindet zumindest einen Teil der 99 Prozent ursächlich mit dem Überleben des Euros. Und das hat Konsequenzen. So sollen sich in Deutschland knapp 7 Millionen „Arbeitnehmer“ zur sog. „betrieblichen Altersversorgung“ entschlossen haben, einem Modell, was nicht nur dem Kapitalmarkt frisches Geld zuführt, sondern der Kapitalseite anstelle von Belastungen durch Sozialabgaben („Lohnnebenkosten“) auch steuerliche und sonstige Vorteile beschert. Indirekt wird über diesen Weg die Versicherungswirtschaft staatlich subventioniert. So wird auch bei der nun vom Gesetzgeber geplanten sog. „kapitalgedeckten“ Pflegeversicherung mit einer steuerlichen Subvention von etwa 1 Milliarden Euro jährlich gerechnet (vgl. DER SPIEGEL 46/2011). Soviel betragen die Steuervorteile, die erforderlich sind, damit die Sozialversicherungspflichtigen „riestern“, also statt sozial individualistisch handeln und ihre Pflegeabsicherung vom Kapitalmarkt abhängig machen. Ein Problem stellt sich beim gesetzgeberischen Zwang zur sog. „privaten Zusatzversorgung“ allerdings, wenn dies den Staat zur Rettung von Versicherungen und Banken veranlasst, damit dieses Geld nicht verloren ist und die Privatisierungsideologie einen herben Knacks bekommt. Ein Monitor-Bericht stellte kürzlich bezüglich privater Lebensversicherung fest, dass man mittlerweile mehr für das Alter übrig haben würde, hätte man gar keine private Lebensversicherung abgeschlossen. Aber auch bezüglich der Riester-Rente kommen der DIW und die FES Ende November zu einem ernüchternden Ergebnis: "Riester-Sparer werden in vielen Fällen nur so viel Rendite erzielen, als hätten sie ihr Kapital im Sparstrumpf gesammelt", sagt DIW-Wissenschaftlerin Kornelia Hagen laut SPIEGEL 47/2011. Solche Anlagen führen also nicht einmal zur Wertstabilität des Angelegten, sondern zu Verlust. Denn wer wird schon 85 Jahre oder gar 103 Jahre alt um 2,5 Prozent Zinsen auf seine private Rente zu bekommen? Mit diesen Zahlen rechnen jedoch die Versicherungen, wobei die „normale“ Inflationsrate beim läppischen Zinsgewinn noch nicht einmal mitgerechnet sind.

Aber auch die Zinsen für Sparanlagen liegen häufig bereits unter der Inflationsrate, was riskante Anlagen aufgrund der deutlich höheren Gewinnchancen sogar lukrativ macht. Ebenso lohnen sich immer weniger Staatsanleihen an Staaten wie Deutschland, wegen der geringen Zinsen bei gleichzeitig relativ hoher Inflationsraten. Auch wenn mir dazu keine definitiven Zahlen vorliegen – die staatliche Absicherung der Kredite der europäischen Schuldnerstaaten, haben sicher dazu beigetragen, dass gerade diejenigen, die hier investiert haben, bisher einen guten finanziellen Reibach gemacht haben. Zweifellos sind natürlich dort immer Verluste vorprogrammiert, wo an der Börse der Preis von Eigentumsanteilen oder „Finanzprodukten“ aufgrund von Kursverfall gesunken ist. Hierfür reicht oft ein Stimmungsumschwung aufgrund irgendeiner „schlechten“ Nachricht oder Systemfehler in der Spekulations-Software aus. Besonders betroffen sind hier meist die Kleinvermögen, weil sie sich nur sehr begrenzt wegen geringer Flexibilität an den Markt anpassen oder ihn gar beeinflussen können. Da die Ratingagenturen privatrechtlich organisiert sind, kann hingegen durch diverse geschäftliche Verwicklungen jedoch im Interesse großer Kapitalien so gut wie unbemerkt von jeglicher öffentlicher oder staatlicher Kontrolle durch Ab- und Hochstufung die Zinsgewinne manipuliert werden.

Was sich hierin ausdrückt, ist also nicht anderes, als eine völlige Entfernung der Wertaufbewahrung durch Anlage von der realen Wertschaffung in der Wirtschaft. Obwohl sich auch hier der (aktuelle) Preis über den sogenannten „freien“ Markt, also über Angebot und Nachfrage reguliert, kann allerdings schwerlich das Börsengeschehen sich über den marktwirtschaftlichen Weg auf die Wertschaffung der Realwirtschaft wieder einpendeln. Dessen Ziel ist ja der Gewinn und nicht die Stabilisierung der Realwirtschaft. Allerdings verkörpert die Finanzbranche keinen „entarteten Kapitalismus“, sondern ist lupenreiner Kapitalismus nur auf einer Entwicklungsstufe, die eigentlich nach Ablösung ruft. „Unabhängig“ vom Markt bleibt nur noch das Horten von Geld, was jedoch kein Ausweg sein kann, weil die marktwirtschaftlichen Gesetze keine Sicherheit außerhalb des Marktes kennen. Denn erstens lässt sich Wert nicht völlig getrennt von der realwirtschaftlichen Wertschaffung aufbewahren. Zweitens verfehlen Rücklagen ihre nach herrschendem Wirtschaftsverständnis ureigenste Aufgabe Investitionen zu ermöglichen. Zu viel sparen, behindert somit nur noch zusätzlich jene Wertschaffung, mit der eine Wertaufbewahrung nur längerfristig erfolgreich funktionieren kann, obwohl wirtschaftliche Instabilitäten oft das subjektive Gefühl einer Absicherung für die Notzeit fördert. So meldete die deutsche Bundesbank am 26. August, dass in Deutschland immer mehr an Geld gehortet wird. Im ersten Quartal 2011 kletterte trotz – oder gerade wegen - der Finanzkrise das deutsche Geldvermögen (also ohne Sachwerte) auf einen neuen Rekordwert von 4,8 Billionen Euro. Es wird also vermeintliche Sicherheit nicht im Ausgeben, sondern auch weiter im Anhäufen gesucht. Dabei müssen zum Geldvermögen noch die Sachanlagen hinzugerechnet werden, die das aktuelle deutsche Privatvermögen – je nach Art der Berechnung – auf 8 bis 9 Billionen Euro erhöht. Besonders das sog. „Betongold“ (Immobilien) wird als Finanzanlage immer beliebter und treibt die Mietpreise besonders in den Großstädten in astronomische Höhen (München liegt derzeit mit 11,90

Euro pro m² vorn). Diese Entwicklung provoziert – national wie international – wegen der damit einhergehenden immer ungleicheren Verteilung zwischen Kapital und Arbeit nicht nur soziale Proteste und Widerstände, sondern setzt auch das fort, was auch die Mittelschicht in Angst und Schrecken versetzt und was mit dem Notruf „Retten Sie Ihr Vermögen“ (so z.B. Roland Leuschel & Claus Vogt „Die Inflationsfalle“, Wiley-VCH Verlag 2009) schon länger den Büchermarkt mit antisozialen Gedankengut flutet.

Dieser ganze Vorgang wäre also ohne Einbindung der kleinen Spareinlagen oder Vermögen gar nicht möglich. Gerade die kleinen Anlagen, inklusive der staatlichen geförderten Riester-Anteile, führen Geld dem Kapitalmarkt „freiwillig“ zu. Ganz freiwillig geschieht dies natürlich nicht. Aber die steuerliche Förderung verführt dazu Geld dem Kapitalmarkt zur Verfügung zu stellen, an das dieser ansonsten nicht so leicht herankäme. Für die meisten ist es bestenfalls eine Art Nullsummenspiel, da ihnen zunächst über Kürzungsfaktoren das genommen wird, was sie mit der Auflage es dem Kapitalmarkt zu zuführen, wieder bekommen. Da jedoch hier zu hohe Forderungsüberhänge existieren, werden diese „Anlagen“ am schnellsten wieder verschwinden, es sei denn, der Staat bezahlt aus Steuergeldern einen gewissen finanziellen Ausgleich, was jedoch nicht sicher ist. Solche Kleinanlagen stellen nur ohne Umweg des Kredits direkt einen Teil des Werts zur Sicherung überhöhter Forderung zur Verfügung, den sie als ihren Teil an der Wertschaffung durch Arbeit bekamen. Besonders die privaten Zusatzversicherungen bei der Altersversorgung haben deshalb etwas den Charakter einer „freiwilligen Verarmung“.

Auch die Kleinsparer und Kleinanleger verkennen oft, dass Geld eben nicht „arbeitet“. Sie fürchten deshalb oft ebenso um „ihr Geld“ wie die Reichen. Dies schafft erst das gemeinsame Interesse an einer Rettung der Währung, die immer zugleich als Tauschmittel, Recheneinheit und eben als Wertaufbewahrung funktioniert. Allerdings gibt es hier einen wichtigen Unterschied: Es kommt nämlich darauf an, in wieweit überhaupt die Möglichkeit existiert, durch Arbeit Tauschwerte zu erzeugen. Hier kann aufgrund vermögenger Verhältnisse (z.B. aufgrund einer Erbschaft) das Geldanlagen dem Arbeiten vorgezogen werden. Alter, Krankheit und nicht zuletzt Erwerbslosigkeit sind Beispiele dafür, dass nicht (mehr) gearbeitet werden kann, es folglich ebenso auf eine Wertaufbewahrung im bescheidenen Rahmen ankommt. Hier macht Wertaufbewahrung auch Sinn, obwohl durchaus auch eine unmittelbare Umverteilung zugunsten sozialer Belange denkbar wäre. Wie sehr soziale und nicht produktive Belange berücksichtigt werden könnten, hängt nämlich allein vom Reichtum der Gesellschaft und deren Bereitschaft zur Verteilung von Werten zugunsten sozialer Belange ab. Je reicher eine Gesellschaft ist, umso mehr könnte sie für unproduktive, soziale Belange ausgeben. Auch an Betrachtung des Reichtums in Deutschland, ist der heutige Regelsatz deutlich zu niedrig. Lässt man einmal die traditionell mit der Marktwirtschaft verbundene Nachrangigkeit von Sozialleistungen zur Lohnarbeit unbeachtet, könnte die Höhe des Regelsatzes mindestens das Vierfache, wenn nicht sogar Fünffache der aktuellen Höhe betragen. Bezüglich Erwerbslosigkeit wäre auch ein Grundeinkommen ohne Bedingung zur Arbeit denkbar, besonders dann, wenn die Gesellschaft aufgrund hoher Produktivität nicht mehr so viel an menschlicher Arbeit benötigt bzw. es sinnvoll ist, dort „zu investieren“, wo nach traditionellem Verständnis die Tätigkeit „unproduktiv“ ist.

Neben der Währung ist es also die Notwendigkeit für die überwiegende Mehrheit der Menschen ihre Arbeitskraft zu verkaufen, welche die „99 Prozent“ mit den „1 Prozent“ systemrelevant verbindet. Dies jedoch in einer sehr eigentümlichen Art und Weise. Während die einen arbeiten und verzichten sollen, kappen die anderen nicht ihr Vermögen, sondern vermehren es noch. Dies ist jedoch in soweit verständlich, wenn der systemrelevante Zusammenhang bedacht wird: Warum sollten die anderen für den Erhalt der angehäuften Werte noch arbeiten, wenn sie das aus finanziellen Gründen nicht mehr nötig hätten? Die anderen müssen also einem existenziellen Zwang zur Wertschaffung unterliegen. Die Verbindung von unten mit oben läuft hier über das Geld. 10 Euro verkörpern für einen Hartz IV-Berechtigten den gleichen Wert wie für einen deutschen Milliardär, auch wenn die existenzielle Bedeutung völlig anders ist. „Wert“ natürlich nur im Sinne einer auf den Geldschein gedruckten Forderung theoretisch an die Zentralbank. Inflation und Deflation können den Wert von 10 Euro bekanntlich nach unten oder oben verschieben. Nur, wie bereits erwähnt, kommt es hierbei nicht auf die Bezeichnung der Währung an. Das Interesse an ausreichender Existenzsicherung impliziert nicht automatisch, dass dies in Euro passieren muss. Wie es gegenwärtig aussieht, verhindert eher das unabweisliche Interesse am starken Euro für immer mehr Menschen auf Grund von Sparpaketen zu dessen Stützung eine sichere Existenz. Wenn sogar die indirekten Steuern erhöht und Löhne sowie Sozialleistungen gesenkt werden, wirkt solche Euro-Rettung außerdem noch inflationär. Makaber wird es, wenn mit solcher Entwertung von Masseneinkommen das große Vermögen vor einem Absturz bewahrt werden soll. Mit Inflation und Zerstörung der Wertschaffung wird man wohl schwerlich die Wertaufbewahrung vor einer Entwertung retten können.

Stillstand oder Weiterentwicklung?

Die Idee von den „Vereinigten Staaten von Europa“ spart also die wesentlichen Fragen zum wirtschaftspolitischen Inhalt aus. Hinter ihr steht vielleicht die gute Absicht, nationalistischem Gegengengut etwas entgegenzusetzen. Ohne deutlich an gewerkschaftlichen Zielen orientierte internationale Solidarität wird dies kaum möglich sein. Hier ist es gerade das Interesse an einer Stabilität des Euros, was national orientierte Kritik mit einer Kritik an der EU-Wirtschaftspolitik verbindet. Dies zeigt sich auch an den nicht ausrottbaren Vorstellungen von einem sog. „Europa der zwei Geschwindigkeiten“ oder „Kerneuropa“, die nichts anderes bedeutet, als eine ungleiche Werteverteilung im gemeinsamen Währungsraum. Der „Kern“ soll reich auf Kosten „der Ränder“ werden.

Unterschätzt wird auch von linker Seite häufig der Aspekt des Verlustes, der emotional zwar nachvollziehbar ist, aber praktisch nicht weiterhilft. Er verbindet allerdings sowohl die Sympathie und das Verständnis des internationalen Widerstands gegen destruktive Sparpakete mit der Distanz zu ihnen. So ist zwar eine Systemveränderung durchaus erwünscht, besonders gegen „soziale Ungerechtigkeiten“. Andererseits soll sie nicht zu radikal sein. Übrig bleibt oft nur die Gewissheit, dass „es so nicht weitergehen kann“. Eine Meinung, die auch die zumindest öffentlich vertreten, welche maßgeblich die Krisensituation durch ihre Wirtschaftspolitik erst erzeugten.

Dabei ist es gar nicht so schwer, bestimmte Perspektiven bereits heute auszumachen. Sicher, können dazu keine Details benannt werden. Bereits dass es heute eine weltweite antikapitalistische Demokratiebewegung gibt, konnte wohl niemand voraussehen. Wenn es eine solche Bewegung nun allerdings gibt, kann es nicht Aufgabe der Theorie sein, diese in irgendein Korsett zu packen. Näher liegt es wohl, anhand der aktuellen Situation eigene Positionen selbstkritisch zu reflektieren. Doch passiert gerade dies in meinen Augen zu wenig. Dabei ist klar, dass die Befürworter der kapitalistischen Marktwirtschaft dies natürlich nicht wollen. Sie kritisieren höchstens die eine oder andere wirtschaftspolitische Maßnahme, unterbreiten sich im Inhalt wiederholende Lösungsvorschläge, bleiben aber stets im Rahmen des Gewohnten, obwohl die Marktwirtschaft immer mehr auch für sie ungewohnte Züge annimmt. Vor allem gestehen sie sich nicht ein, was der bereits zitierte Joseph Vogl in einem Interview, als Abwandlung der ehemals „göttlichen Weltordnung“ durch die bürgerliche Ökonomie mit den Worten kritisiert, nämlich dass „nun (...) die Märkte für eine Art prästabiler Harmonie sorgen“ sollen. „Ein wunderbares irdisches Ordnungsversprechen (...). Die Suche nach Gleichgewichtsregeln hat die physikalischen Anleihen und den mathematischen Formalismus in den Wirtschaftswissenschaften begründet. Hier steht, wie man sagt, die Schönheit des ökonomischen Systems auf dem Spiel“ („Schuldenkrise - Was wir jetzt lernen müssen“ Zeit-Online 14.08.2011). Die Liebe der Schönheit des Gleichgewichtes hemmt bei vielen Ökonomen jedoch das Verständnis der hässlichen Realität.

Jedoch auch von linker und gewerkschaftlicher Seite wird oft auf Reparatur und nicht auf Systemwechsel gesetzt. Die Forderung „Kapitalismus? Nein, danke!“ ist zwar häufig in der Widerstandsbewegung zu finden. Ob die Linke allerdings immer antikapitalistisch agiert, wage ich zu bezweifeln. So scheint mir zwischen der Forderung nach zinsgünstigen Eurobonds mit dem Wunsch nach einer Vereinigung der europäischen Staaten ein Zusammenhang darin zu bestehen, dass eine soziale Marktwirtschaft gegenüber dem Finanz- und Kapitalmarkt noch möglich sein soll. Ähnlich scheint es bei dem Wunsch nach einer europäischen Steuer- und Sozialpolitik zu sein, obwohl real eine Vereinheitlichung auf möglichst niedrigen deutschen Niveau ein eindeutiges Ziel der herrschenden europäischen Wirtschaftspolitik ist und es deshalb nun um eine Abwehr dieser Vereinheitlichung geht. Ebenso ist eine Verstaatlichung der Banken zumindest auf der Verlustseite bereits erfolgt und wie eine andere Verteilungspolitik über staatliche Banken erreicht werden könnte, bleibt unklar solange dies nicht als eigentlicher Zweck der Verstaatlichung benannt wird. Es als Hauptaufgabe der Banken zu sehen, der Realwirtschaft Kredite zur Verfügung zu stellen, unterschätzt nicht nur das bereits von mir diskutierte ungleiche Wertverteilungsverhältnis, sondern macht die aktuelle Finanzkrise zu etwas, was getrennt von den Verhältnissen in der Realwirtschaft stünde. Schließlich bleibt selbst die Forderung nach Regulierung hinter der nach einem Systemwechsel zurück, weil sie suggeriert, dass sich die kapitalistische Marktwirtschaft regulieren ließe. Bestenfalls kann festgestellt werden, dass – wenn auch ungewollt – das planmäßige Element umso mehr zunimmt, je mehr die herrschende Wirtschaftspolitik Pläne zur Krisenbewältigung entwirft. Allerdings funktionieren diese Pläne zur Freude der radikalen Befürworter einer möglichst freien und unregulierten Marktwirtschaft meist nicht, weil sich Marktwirtschaft mit Planwirtschaft eben nicht so einfach verbinden lässt.

Den „Plan“ des Urvaters der freien Marktwirtschaft, Adam Smith, einer harmonischen Verbindung egoistischer Interessen mit dem sozialem Ganzen, als historisch überholt in Frage zustellen, wagt

kaum jemand. Es ist – wie bereits erwähnt – durchaus verständlich, wenn mensch am Gewohnten festhalten will. Doch dies muss nicht funktionieren, so nicht für diejenigen, die mit existenziellen Einbußen den Preis für solchen Konservatismus zahlen müssen. Hier geht es schlichtweg um die nackte Existenz und nicht mehr darum, welcher Glaube oder Irrglaube mehr innere Sicherheit zur Bewältigung der täglichen Probleme beschert. Was die Wirtschaftsgeschichte betrifft, ist statt Glauben eher Atheismus gefragt. Es geht eben nicht nur um die Frage, ob es so weitergehen kann, wie bisher, sondern ob ein Zurück zu einer „friedlichen“, ja, sogar „sozialen“ Marktwirtschaft (noch) möglich ist und ob trotz allem Sicherheitsbedürfnis der Weg nach vorne letztlich nicht mehr Sicherheit bieten kann als alle Nostalgie. Eine solche Debatte wird besonders gewerkschaftlich kaum geführt. Wie ich zeigte, beschwört der DGB im Interesse vermeidlicher Stabilität lieber die Vergangenheit eines „gemeinsame(n) europäische(n) Projekt(s)“, was ein von seinen Prämissen her, nämlich freier Waren- und Kapitalverkehr sowie ein möglichst unreguliert zugänglicher Arbeitsmarkt, von Anfang an ein typisch kapitalistisches Projekt war. Gemeinsam sind allerdings die Sorgen anlässlich der aktuellen Situation, dass etwas geschehen muss. Die Frage ist nur, was genau bitte?

Sich nun über den massenhaften Widerstand für eine andere Wirtschaftspolitik zu freuen, ist nicht nur zu wenig, sondern unter bestimmten Gesichtspunkten auch nicht ganz ehrlich. Denn – wie bereits angesprochen – besteht die gegenwärtige Stabilität des wirtschaftlichen Ganzen zum einen nur darin, dass der Widerstand dagegen bisher noch zu schwach ist, um dieses Ganze – gewollt oder ungewollt – noch mehr ins Wanken zu bringen. So etwas hätte das „kleine“ Griechenland u.U. sogar geschafft, wenn es sich von Anfang an den Wünschen der sog. „Troika“ total verweigert hätte. Denn deren Wünsche waren und sind gerade geprägt von der Angst vor völliger Instabilität des Ganzen. Bekanntlich brachte die (mehrheitliche) Gefolgschaft der nun abgelösten Regierung Georgios Papandreu bis dato nicht die erhoffte Stabilität. So kämpfte man nur gegen möglichst geringe Verluste, auch mit dem Ziel, die Auswirkungen für die Gläubiger möglichst weit abzufedern. Erst wenn Sparpakete nichts mehr nutzen, wird ein Gläubigerverzicht zaghafte erwogen, was wohl auch damit zusammenhängt, dass sowohl Spardiktate, als auch Eingriffe in die Tarifautonomie zugunsten dieser Diktate und eine Privatisierung renditeträchtiger Bereiche staatlichen Eigentums damit gewissermaßen „normalisiert“ werden sollen. Es geht also auch um Machtverhältnisse und die Aufhebung staatlicher Souveränität „durch Brüssel“ ist etwas, was letztlich nationalistische Bestrebungen erst maßgeblich fördert.

Das ungleiche marktwirtschaftliche Gleichgewicht

Dass speziell der DGB in Fragen Systemwechsel bis heute keine Vorreiterrolle einnimmt, ist im gewissen Sinne allerdings nachvollziehbar. Dies zumindest in soweit, wie der herrschenden Wirtschaftslogik gefolgt wird. So ist, trotz einer angeblich antinationalen Ausrichtung, ein ernsthafter Verlust bei den Gläubigern traditionell gleichbedeutend mit wirtschaftlicher Instabilität und somit mit einer Gefährdung von Arbeitsplätzen. Hinzukommt die bereits erwähnte ökonomische Verknüpfung von Spareinlagen der vom Verkauf ihrer Arbeitskraft abhängigen Bevölkerungsmehrheit mit der reichen „leistungslosen“ Minderheit. Schließlich müssen auch für Sozialleistungen Werte zurückgelegt („gespart“) werden. Ausgeglichen werden soll dies von Seiten der Gewerkschaften offenbar durch Forderungen nach Konjunkturprogrammen, eine Forderung, die maßgeblich auf die Konjunkturtheorie des bekannten britischen Wirtschaftstheoretikers und Mathematikers John Maynard Keynes sich zurückführen lässt. Keynes leistete in der Tat viel Bedeutendes und gilt völlig zu recht als Begründer der Konjunkturtheorie. Mit seiner Betonung der Nachfrage ist er auch in linksorientierten Kreisen schon deshalb sehr beliebt, weil die Bedeutung von hohen Löhnen und Sozialleistungen für die Funktion der Marktwirtschaft damit besonders betont wird. Gerade dieser Ansatz kann sich jedoch dann als eher hemmend herausstellen, wenn die Marktwirtschaft nicht mehr im „klassischen“ Sinne funktioniert und es deshalb eigentlich neuer Ansätze bedarf. Eine Schwächung der gewerkschaftlichen Kampfkraft resultiert dann u.U. daraus, dass (im Gegensatz zu Marx) das ins Systemeindebindende an den Vorstellungen von Keynes einer Stärkung der gewerkschaftlichen Position genau entgegenwirkt. Schließlich trat Keynes – anders auch wie der Ökonom Joseph A. Schumpeter – nie für einen grundlegenden Systemwechsel ein, also für das, was als Forderung in der heutigen Widerstandsbewegung immer wieder auftaucht. Keynes wollte mit seiner Konjunkturtheorie vielmehr gerade nachweise, dass das herrschende System des Wirtschaftens funktionieren kann, vorausgesetzt, dass dabei bestimmte Maßnahmen, wie z.B. die Stärkung der Nachfrage und nicht nur der Angebotsseite, durchgeführt werden. Bei Keynes reduziert sich dies jedoch nicht auf den auch von vielen Linken beliebten Mechanismus Konjunkturprogramme durch staatliche Verschuldung zu finanzieren in der Hoffnung, dass beim (hoffentlich) folgenden Aufschwung die Schulden wieder zurückgezahlt werden könnten. So setzte sich Keynes sehr kritisch gerade mit den beim Kredit anfallenden Zinssatz auseinander, ohne den Zins allerdings als untrennbare Notwendigkeit des Kredits wirklich zu überwinden. Auch überwand er nicht (bzw. lehnte es ab) die Lohnhöhe von

der einzelbetrieblichen Produktivität abzukoppeln, was zur Folge hat, dass ein Betrieb der keine Gewinne mehr erzielt, auch keine Lohnforderungen erfüllen kann. Eine Position, die sich auf die Verschuldung ganzer Staaten in sofern übertragen lässt, dass dann, wenn die Tilgung nicht nur die ganze Wirtschaftsleistung „auffrisst“, sondern sogar auf diese destruktiv wirkt, kein marktwirtschaftlicher Spielraum mehr für existenzsichernde Löhne besteht. Dies bedeutet natürlich nichts anderes, als dass in einem solchen Fall sich ganz offensichtlich das Interesse an Wertbeteiligung durch Arbeit dem Interesse nach Vermögensmehrung gegenübersteht. Mit Bezug auf Keynes wird zwar heute immer wieder versucht die Situation im Sinne eines funktionierenden marktwirtschaftlichen Gleichgewichts zu analysieren und auch zu kritisieren. Dieses Gleichgewicht selbst wird jedoch nicht als Lösungsmöglichkeit in Frage gestellt und damit die Chance vertan, über das herrschende Wirtschaftssystem hinaus zu denken. Stellvertretend für viele sei hier nur der US-Ökonom Paul Davidson genannt, der in seiner letzten Veröffentlichung „The Keynes Solution“ (seit Kurzem in Deutsch unter dem Titel „Was würde Keynes heute tun? - Wie wir zu globalem Wohlstand kommen“, Börsenmedien AG) immer noch meint, durch bestimmte Reformen im Sinne Keynes ließe sich Kapitalismus und Wohlstand für alle verbinden. Hierzu stellt Davidson zwar eine Menge interessanter Überlegung an, wie der Kapitalismus weiter funktionieren könnte. Unterschätzt wird hierbei jedoch, dass die Theorie von Keynes bereits in der 70ziger Jahren an ihre konstruktiven Grenzen stieß. Heute stellt sich das Problem der sog. „Stagflation“, also des gleichzeitigen Auftretens von wirtschaftlicher Stagnation und Inflation jedoch noch viel extremer als damals. Ein entscheidender Grund besteht, wie sich auch gut an der wirtschaftlichen Stagnation (oder gar Rückentwicklung) der von Sparpaketen geplagten europäischen Schuldnerstaaten verfolgen lässt, an einer zu großen Diskrepanz bei der Verteilung gesellschaftlicher Werte. Da eigentliche alle Keynesianisten eine bedingungslose Umverteilung von oben nach unten ablehnen und die Lösungen ausschließlich auf eine Belebung des Arbeitsmarktes konzentrieren, wird es den - auch von Davidson erhofften - wieder reibungslos funktionierenden Kapitalismus wohl nicht mehr geben.

Trotzdem stellt die Ableitung, die auch der DGB vertritt, dass Wirtschaftswachstum Beschäftigung schafft – einmal von der strukturellen Komponente abgesehen – eine aus marktwirtschaftlicher Sicht in sich stimmige Sichtweise dar. Das Kapital nimmt hierin die Funktion eines Investors in realwirtschaftliche Komponenten ein. Diese können wiederum Arbeitsplätze schaffen und bei genügender Produktivität auch existenziell ausreichende Löhne und Gehälter gewährleisten. Das Wirtschaftswachstum garantiert Renditen, sowohl durch Direktinvestitionen als auch durch Kredit. Treten hier Störungen ein, tritt die Konjunkturtheorie Keynes in die Bresche, die Konjunkturschwankungen zwar nicht völlig aus der Welt schaffen kann, jedoch – zumindest theoretisch – in den Griff zu bekommen und in den praktischen Auswirkungen zu mildern versucht. Dieses unbestritten nur fiktive Gleichgewicht erscheint so als Steuerung für einen ebenso fiktiven Ausgleich zwischen Kapital und Arbeit, wobei die Lohnarbeit zugleich als Nachfrage bzw. „Massenkonsum“ erscheint. Die Währung vermittelt diesen ganzen Prozess im Sinne einer möglichst hohen Preisstabilität, hält ihn im gewissen Sinne aufrecht. Natürlich lässt sich das Verhältnis von Kapital und Arbeit auch ganz anders sehen, z.B. im Sinne von Marx. Jedoch stellt die Vorstellung vom Gleichgewicht in Kombination mit dem subjektiven Bedürfnis nach Sicherheit, bereits vom Ansatz her etwas Unhistorisches dar, was letztlich dadurch praktisch bewiesen wird, wenn die Marktwirtschaft nicht mehr wie erhofft funktioniert. Die weitgehende Ausklammerung der historischen Komponente der Marktwirtschaft unterscheidet Keynes Vorstellungen deutlich nicht nur von Marx, sondern auch von Schumpeter. Denn auch dann, wenn die Marktwirtschaft funktioniert, was letztlich durch die gesellschaftliche Praxis bereits bewiesen wurde, bleibt das marktwirtschaftliche Gleichgewicht doch Produkt einer geschichtlichen Entwicklung. Dieses Gleichgewicht ist deshalb nicht nur fiktiv, weil die Praxis hiervon real abweicht, sondern kann auch nur als Prozess richtig begriffen werden. Andernfalls wird die Marktwirtschaft nur an ihren eigenen Vorgaben, also gewissermaßen „an sich selbst“, gemessen, was sich besonders deutlich bei der Lohnarbeit darstellt. Wird deren Warencharakter nur am Charakter anderer Waren gemessen, ist das Resultat ohne historische Einordnung der Marktwirtschaft stets eine Selbstbestätigung dessen, was man vorgibt zu hinterfragen. Will die herrschende Politik aus Liebe zur Marktwirtschaft diese wieder in Schwung bringen und erreicht sie genau damit das direkte Gegenteil, liefert sie unfreiwillig einen Beweis für die Geschichtlichkeit allen wirtschaftlichen Geschehens.

So wächst z.B. der Umfang und die Konzentration des Kapitals, jedoch nicht unbedingt die der Arbeit. Die Produktivität erscheint hier als eine Schlüsselkomponente für den Weiterbestand der kapitalistischen Marktwirtschaft, damit verbunden auch die Bedeutung von Wissenschaft, Technik und über das Modewort „Bildung“ auch die Frage nach den strukturellen Komponenten auf dem Arbeitsmarkt. Schließlich tritt das Wirtschaftswachstum als für die kapitalistische Marktwirtschaft übergeordneter Aspekt in den Mittelpunkt der Betrachtung, obwohl es sowohl Mangel als auch Überfluss erzeugt und sich deshalb auf den Mangelbegriff als Triebfeder in der herrschenden Wirtschaftstheorie nicht reduzieren lässt. Wie wichtig eine historische Betrachtung der kapitalistischen

Marktwirtschaft ist, zeigt sich gegenwärtig recht augenfällig in den hohen Gläubigerforderungen. Da die staatliche Verschuldung meistens ins Verhältnis zur Wirtschaftsleistung gesetzt wird, signalisiert die Gefahr der Zahlungsunfähigkeit ganzer Staaten tatsächlich ein höheres historisches Stadium der marktwirtschaftlichen Entwicklung. Der Slogan von einer „Entartung des Kapitalismus“ wird dem nicht gerecht, weil die Situation nicht als typisch für den Kapitalismus betrachtet und damit der Kapitalismus unhistorisch aufgefasst wird.

Linke Konjunkturprogramme zur Krisenbewältigung?

Einige linke Keynesianer fordern angesichts des riesigen Reichtums mit seinen Forderungsüberhängen gegenüber der realen Wirtschaftsleistung nun Konjunkturprogramme, die nach dem Motto „Investieren statt Spekulieren“ möglichst ausschließlich aus dem Vermögen finanziert werden sollen. Damit sollen private Risiken sozial nicht mehr einfach abgewälzt werden, sondern diejenigen zahlen, die das ganze „Schlamassel“ maßgeblich verursacht haben. Verbunden wird dies meist mit der Forderung nach höheren Löhnen und Sozialleistungen, mit dem Ziel einer Steigerung der Massenkaukraft zur Konjunkturbelebung durch hohe Nachfrage.

Das gewissermaßen „klassische“ Modell von staatlichen Konjunkturprogrammen zur Belebung der Konjunktur durch höhere Nachfrage, wird hier also um den Gedanken einer Umverteilung von privatem Vermögen ergänzt. Als Instrumente für diese Umverteilung werden u.a. genannt, Börsensteuer, Spekulationssteuer, Vermögenssteuer und gesetzgeberische Maßnahmen gegen Steuerhinterziehung. Obwohl diese Art Umverteilung von Vermögen zugunsten einer Stärkung der Realwirtschaft auf den ersten Blick vielleicht als ein „naheliegender“ oder „wünschenswertes“ Alternativkonzept gegenüber Sparpakete zu Lasten der vom Verkauf ihrer Arbeitskraft abhängigen Bevölkerungsmehrheit erscheint, ist es jedoch bei etwas genauer Betrachtung nicht ganz unproblematisch. Letztlich wird so ein Zurück zu einem „besseren“ Kapitalismus angestrebt, obwohl die jetzige Krisensituation nichts anderes ist, als eben „purer“ Kapitalismus.

Aus theoretischer Sicht stellt sich zunächst die Frage, ob eine um das Element der Umverteilung erweiterte Konjunkturtheorie sich mit dem in Übereinstimmung bringen lässt, was Keynes mit seiner Konjunkturtheorie anstrebte, was natürlich kein Nachteil sein muss. Zumindest sollte vom Grundgedanken her nachvollziehbar sein, dass Konjunkturprogramme nur dann Sinn machen, wenn sich damit tatsächlich auch die Krise überwinden lässt. Aus Sicht der Annahme eines fiktiven marktwirtschaftlichen Gleichgewichtes kann dies funktionieren oder eben auch nicht. Letztlich entscheidend ist, in wieweit dieses Gleichgewicht gestört ist bzw. wie tief die Krise ist und was dafür die entscheidenden Ursachen sind. Praktisch funktionierten in der Tat im Rückblick in die Vergangenheit staatliche Konjunkturprogramme. Aber das heißt nicht, dass hier – wie Keynes meinte – eine Art „Allzweckmittel“ für Wirtschaftskrisen existiert. Es kommt vielmehr auf die jeweiligen Bedingungen an, die ich jedoch bei der Vergangenheit zu Gunsten des aktuellen Entwicklungsstandes der kapitalistischen Marktwirtschaft unberücksichtigt lassen will. Schließlich markiert bereits die Annahme, dass sich diese so entwickelt, dass irgendwann das marktwirtschaftliche Prinzip an seine Grenzen stößt, einen entscheidenden Unterschied zu Keynes. Ging dieser doch davon aus, dass der Widerspruch von Arm und Reich nicht einen Zustand erreichen könnte, der sich mit dem bekannten marktwirtschaftlichen Instrumentarium nicht mehr lösen lässt. Die Vorstellung, dass sich nur durch Umverteilung eine Krise noch bewältigen ließe, lässt sich – mit Abstrichen – vielleicht noch durch bestimmte Annahmen mit der Konjunkturtheorie von Keynes in Einklang bringen. Für Keynes selbst gab es zwar das Problem mit Kredit und Zins als Liquiditätsproblem, dem er sich auch ausführlich widmete. Es wäre jedoch verfehlt, Umverteilung von Vermögen als probates Mittel für eine Art „zeitgemäßer“ Konjunkturprogramme in Anlehnung an Keynes zu betrachten. Die eigentliche Problematik lässt sich gut anhand einiger damit zusammenhängender wirtschaftlicher Grundprobleme verdeutlichen.

Einmal abgesehen vom politischen Kräfteverhältnis, stellt sich nämlich zunächst einmal die Frage, was solche Umverteilung von oben nach unten ökonomisch bedeuten würde. So müsste zunächst einmal weiteres Wirtschaftswachstum tatsächlich die Lösung des Problems sein, was übrigens Keynes selbst nicht einfach annahm. Natürlich könnte dazu auch in bisher stark vernachlässigte Bereiche, wie im Sozialen, mit dem zur anderen Verteilung aus Vermögen abgezogenem Geld investiert werden. Außerdem könnte mit einer Vermögensabgabe (in Deutschland z.B. von derzeit max. 18 Prozent) die Staatsverschuldung völlig ausgeglichen werden. Was jedoch auf jedem Fall gewährleistet sein müsste, wäre ein funktionierender marktwirtschaftlicher Mechanismus von Wachstum und Lohnarbeit, zumindest solange, wie die abhängige Beschäftigung noch an Wachstum gebunden ist. Dies ist jedoch nur ein anderer Ausdruck dafür, dass Arbeit für die Mehrzahl der Bevölkerung

ihren Warencharakter behält und nur dieser ausreichende und existenzsichernde Beschäftigung sichern kann. Eine ausreichende Existenzsicherung bleibt also vom Wirtschaftswachstum abhängig, wodurch das Wachstum zur zentralen Kategorie wird. Selbst wenn im Sinne von Marx auf Arbeitszeitverkürzung abgestellt wird, bleibt diese abhängig vom Stand des Wirtschaftswachstums. Solange dieses jedoch nicht von den Menschen bewusst gesteuert wird, bleibt es sowohl praktisch als auch theoretisch nicht ausreichend fassbar. Eine hochentwickelte Arbeitsteilung verbindet zwar alles. Die individuelle Leistung und Fähigkeit bleibt dem Wachstum jedoch untergeordnet, weshalb sich unter einer ökonomischen Herrschaft des Wachstums keine wirklich effektive Verbindung von Individuum und Wachstumsprozess erreichen lässt. Subjektiv stellt sich dies häufig im Gefühl der Ohnmacht dar. Das einerseits „Geld die Welt regiert“, andererseits zugleich zerstörerisch wirkt, dieser Widerspruch lässt sich nicht lösen, solange der Mensch nicht die wirtschaftlichen Abläufe steuert, sondern von diesen gesteuert wird.

Hieran knüpft ein zweites Problem unmittelbar an. Eine Umverteilung von Vermögen zugunsten eines Konjunkturprogramms führt zwar zu Investitionen in der Realwirtschaft. Das Vermögen wird damit jedoch nicht bereits weniger. Im gewissen Sinne reduziert wird es jedoch in sofern, wie beispielsweise durch eine Vermögenssteuer der Staat sich Geld zuführt, was er dann für Konjunkturprogramme verwendet. Im „klassischen“ Sinne einer funktionierenden Marktwirtschaft würde dann die Rendite nicht aus „Finanzprodukten“ gewonnen, sondern aus Investition in die Realwirtschaft. Dies müsste sie allerdings auch, damit durch Kapitalinvestition auch genug erwirtschaftet werden kann, um die Konjunktur in Schwung zu bringen und so ausreichend hohe Löhne zu zahlen und Erwerbslosigkeit möglichst zu vermeiden. Klar ist allerdings auch, dass im Falle von erfolgreichen Investitionen in die Realwirtschaft, wiederum Rendite gemacht wird und damit das, was ja gerade dazu geführt hat, dass mittlerweile deutlich mehr an Forderungen existieren, als die Realwirtschaft abdecken kann. Dieses überschüssige Kapital ist jedoch gerade der Ausgangspunkt der linken Konjunkturtheorie. Doch das, was durch Umverteilung zugunsten von Konjunkturprogrammen abgebaut wird, würde durch Anlage in der Realwirtschaft wiederum nur gewinnen, unter Umständen so gar deutlich mehr als durch Spekulation auf dem Finanzmarkt. Bestenfalls könnten die durch Arbeit geschaffenen Werte anders verteilt werden. Doch genau dies wird dadurch behindert, dass die wertschaffende Arbeit als Lohnarbeit weiterhin Warencharakter behalten würde. Was hier also völlig fehlt ist die Berücksichtigung der Situation, dass die Forderungsbestände der Reichen deutlich über der realen Wirtschaftsleistung liegen. So stellt zwar dieser Forderungsbestand eine ökonomische Fließgröße dar, sobald dieser Forderungszustand zwangsweise in Bewegung gesetzt wird. Dieser Aspekt muss sich jedoch nicht nur in einer Verringerung der Forderungsbestandes darstellen, sondern kann auch zu dessen noch höherem Wachstum führen.

Schließlich hängt alles auch von der Höhe der Vermögensforderungen ab. Sie darf nicht deutlich höher sein als die mögliche Wirtschaftsleistung. Wie schon erwähnt – muss die reale Wirtschaftsleistung umso höher sein, je höher der private Forderungsbestand ist, soll die Wertaufbewahrung durch Wertsteigerung auch nur einigermaßen abgedeckt sein. Teilweise werden 3 Prozent jährliches Wirtschaftswachstum als erforderlich betrachtet, um wenigstens einen möglichst breit gefächerten Wohlstand zu ermöglichen. Liegt der Forderungsbestand deutlich darüber, reichen 3 Prozent jedoch nicht mehr aus, um es in wertschaffende Anlagen zu verwandeln. Entweder es wird „vernichtet“ oder das Wachstum muss höher ausfallen als möglich oder erwünscht ist. Als dritte Möglichkeit bliebe noch, dass nur ein Teil der privaten Forderungen der Realwirtschaft durch Umverteilung und Konjunkturprogrammen zugeführt werden. Dies wäre wiederum gleichbedeutend mit dem eigentlichen Ausgangspunkt, nämlich dass es mehr an privaten Forderungen gibt, als sich durch gesellschaftliche Wertschöpfung ausgleichen ließe. Ein großer Teil der Forderung bliebe überschüssig, was gleichbedeutend damit ist, dass die Notwendigkeit bliebe, letztlich wieder durch Lohnsenkungen und Sozialabbau deren Werthaltigkeit aufrecht zu erhalten.

Liegt der aktuelle Forderungsbestand also erst einmal deutlich über den realwirtschaftlichen Bedarf, kann er nicht mehr problemlos durch Umverteilung für Konjunkturprogramme nutzbar gemacht werden. Dies war auch den 14 „elder statesmen“, konkret: Jacques Delors, Jacques Santer, Helmut Schmidt, Otto Graf Lambsdorff, Lionel Jospin, Pär Nuder, Michel Rocard, Hans Eichel, Göran Persson, Daniel Daianu, Massimo d'Alema, Ruairi Quinn, Poul Nyrup Rasmussen, Eero Heinäluoma, Paavo Lipponen und Laurent Fabius, klar, die laut Le Monde vom 22.05.2008 in einem Brief an die EU-Kommission eine Weltfinanzkonferenz u.a. mit dem Hinweis forderten: „Finanzwerte stellen heute das 15-fache des gesamten Bruttoinlandsprodukt (BIP) aller Länder dar. Die von Haushalten, finanziellen und nicht-finanziellen Unternehmen sowie von den öffentlichen Institutionen Amerikas angehäuften Schulden belaufen sich auf mehr als das dreifache des BIP der USA - doppelt soviel wie im Jahre 1929. Die Finanzwelt hat eine massive Menge an fiktiven Werten angehäuften, ohne erkennbare Verbesserung für die Menschheit und Umwelt“ (zit. nach [Unterguggenberger Institut Wörgl](#)). Auch wenn den appellierenden „erfahrenen Staatsmännern“ vor allem die Sorge treibt,

dass „die Wettbewerbsfähigkeit Europas durch die Finanzmärkte (...) unterwandert“ werden könnte (a.a.O.), wird doch treffend die Problematik von extrem über der Wirtschaftleistung liegenden Forderungen erkannt. Diese können wegen ihres Umfangs nicht einfach für Wachstum der wertschöpfenden Realwirtschaft durch Konjunkturprogramme genutzt werden.

Es bleibt in jedem Fall ein überschüssiger Teil, der irgendwie „verprasst“ werden müsste, beispielsweise in der Form, dass niemand mehr arm sein muss, weil er ein durch Umverteilung von Vermögen finanziertes Grundeinkommen erhält. Da es sich beim Reichtum, trotz der Möglichkeit dessen Bestand jederzeit zu ermitteln, jedoch um eine ökonomische Flussgröße handelt, würde durch dessen gleichmäßiger Verteilung „an alle“ sich automatisch dessen Bestand verringern. Gibt es mehr Geld, als mensch ausgeben kann oder - anders ausgedrückt -, steht der realen Wirtschaftsleistung zu viel Geld gegenüber, ist das nur ein anderer Ausdruck für Inflation. Allerdings wirkt gerade jeder Verzicht auf Umverteilung von überschüssigen Vermögen inflationär – nur eben versteckt, nicht so offensichtlich. Gerade wegen der Bindung an Wirtschaftswachstum und weil immer höhere Wachstumsraten auch ökologische und andere Probleme aufwerfen, sind mit Umverteilung verknüpfte Konjunkturprogramme heute recht problematisch, wenn nicht gar völlig unrealistisch geworden. Es fehlt auch das Demokratische, was sich in der Steuerung wirtschaftlicher Prozesse darstellen müsste, sind diese Prozesse doch umgekehrt gerade eine wesentliche Ursache für Demokratieabbau aus wirtschaftlichen Gründen.

Hinzu kommt das Problem der Kapitalkonzentration, was letztlich eine eigentumsrechtliche Frage ist und in der Praxis stark mit dem Problem der Wertaufbewahrung in nur wenigen Händen zusammenhängt (den 1 Prozent, denen die 99 Prozent der Weltbevölkerung gegenüberstehen). Dieses Problem wird mit Konjunkturprogrammen finanziert aus Umverteilung überhaupt nicht gelöst. Vor allem kann aufgrund der extremen ungleichen Verteilung eine prozentuale Vermögensabgabe hier keine Abhilfe schaffen. Freibeträge schonen nur die „kleinen“ Vermögen. Genau genommen müsste im Sinne einer wieder funktionierenden Marktwirtschaft mit vergleichbarer Chancenverteilung eine Art Dezentralisierung und damit eine marktwirtschaftliche Rückentwicklung versucht werden, um durch Konjunkturprogramme wieder eine ausreichende Existenzsicherung durch Lohnarbeit zu erreichen. Aber ist diese noch möglich und überhaupt wünschenswert? Für Schumpeter war die Monopolisierung ein Fortschritt gegenüber dem Konkurrenzkapitalismus, die wiederum eine Ablösung des Monopolkapitalismus ermöglicht. Schumpeter sah in einer „Sozialisierung (...)“ einen Schritt über die Großunternehmung hinaus auf dem Weg, der durch diese vorgezeichnet ist; oder, was auf das gleiche herauskommt: die sozialistische Leitung wird sich vermutlich dem Kapitalismus der Großunternehmung ebenso überlegen erweisen, wie der Kapitalismus der Großunternehmung sich jener Art von Konkurrenzkapitalismus überlegen gezeigt hat“ (Joseph A. Schumpeter „Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie“, 8. Auflage, 2005 Tübingen Basel, S.313). In diesem Punkt nicht unähnlich Marx, sah Schumpeter keine gesellschaftliche Perspektive in einem (wieder) funktionierenden Konkurrenzkapitalismus, sondern in einer fortschreitenden Monopolisierung, die eine Vergesellschaftung von privatem Eigentum an gesellschaftlichen Werten, maßgeblich erleichtert. Die Monopolbildung ist auch die einzige Art der „Regulierung“, welche die kapitalistische Marktwirtschaft selbst hervorbringt. Hier liegt auch die Basis für die extreme Reichtumskonzentration in nur wenigen Händen. Wirtschaftliche und politische Machtverhältnisse stellen in sofern eine Einheit dar.

Der Wunsch nach Rückkehr zu einer wieder funktionierenden kapitalistischen Marktwirtschaft mit Vollbeschäftigung, hohen Löhnen und Sozialleistungen ist wie jeder Blick zurück also fragwürdig. Dinge können sich wiederholen. Die Geschichte ist jedoch ein irreversibler Prozess. Deshalb nun ein etwas anderer Vorschlag für eine mögliche Perspektive. Er knüpft vor allem an dem oben genannten Problem einer Umverteilung von überschüssigen Vermögensforderungen an. Denn auch wenn hier keine problemlose Verknüpfung mit Konjunkturprogrammen möglich ist, ist diese jedoch unerlässlich. Wie lässt sich aber verhindern, dass eine Umverteilung von Vermögen sich nicht inflationär auswirkt und trotzdem niemand mehr arm sein muss?

Lohn für Widerstand?

Dass diejenigen, die heute gegen die herrschende Wirtschaftspolitik der Sparpakete und Verarmung für die Kredite der Reichen auf die Straße gehen, dafür entlohnt werden sollen, klingt vielleicht als „völlig realitätsfremd“ oder „absurd“. Im gewissen Sinne sind solche Einwände auch berechtigt – aber eben nur im gewissen Sinne.

Lohn bekommt mensch „fürs Arbeiten“, d.h. für das Schaffen wirtschaftlicher, bzw. „richtiger“ Werte, also für etwas, was verkauft werden oder gegen Geld angeboten werden kann. Ein Streik be-

hindert diesen Prozess. Der finanzielle Ausgleich erfolgt vielleicht aus der Streikkasse, in jedem Fall aber ist das Ziel wiederum letztlich „geldwert“, d.h. für Lohnarbeit letztlich mehr zu bekommen oder den Wert der Ware Arbeitskraft zu halten sowie die Bedingungen für „richtige“ Arbeit zu verbessern. Nun gut. Dann sagen wir statt Lohn für Widerstand, Geld für Widerstand. Auch das passt nicht so ganz ins Bild, weil niemand mehr arbeiten würde, wenn bereits Widerstand ausreichen würde, um sich ein paar Biere (oder andere schöne Dinge) zu leisten. Wie auch immer – bezahlter Widerstand wirkt zumindest befremdlich.

Dies einmal akzeptiert, stellt sich jedoch trotzdem eine Frage: Ist es denn wirklich immer sinnvoll, den Vorgaben zu folgen, die einem von oben gemacht werden? Ist schlichtes Mitmachen der Weisheit letzter Schluss? So die Frage gestellt, erscheint die Idee einer Bezahlung von Widerstand in einem etwas anderen Licht. Spätestens wenn plötzlich von Sparpaketen diejenigen existenziell äußerst negativ betroffen sind, die nie etwas anderes gemacht haben, als stets fleißig mitzumachen. Wer stets gearbeitet, nie sich verschuldet hat, stellt sich völlig berechtigt an Betracht der staatlich verordneten „Mitverantwortung“, die Frage, worauf sich diese den überhaupt beziehen soll. „Mehr als arbeiten, kann man wohl nicht“. Ja, selbst bei Lohnerhöhungen war mensch kompromissbereit, was auch in Deutschland nach neusten Angaben in den letzten 10 Jahren zu Reallohnsenkungen geführt hat.

Die herrschende Politik lenkt das Thema auch in etwas andere Bereiche. Es ginge „ums Ganze“, um den Euro, um eine „Beruhigung der Märkte“, auf jeden Fall stets um Dinge, auf die kaum jemand Einfluss hat, der stets nur seine Arbeitskraft anbot und nach „bestem Wissen und Gewissen“ stets nur das tat, was man von ihm verlangte. Wenn jedoch alles tatsächlich von der Entwicklung „des Ganzen“ abhängt, ist eigentlich klar, dass hierauf einzuwirken wichtiger ist, als auch weiterhin nur mitzumachen. Nur einmal angenommen, dass die künftige Entwicklung „des Ganzen“ letztlich das alles entscheidende Glied in der Kette ist, ist Widerstand eigentlich dann unbezahlbar, wenn er bewirken kann, dass wieder ein Leben möglich ist, ohne die Angst, dass da von oben oder außen Dinge kommen, die statt existenzsichernd, existenzvernichtend sich auswirken. Folglich ist eigentlich nicht einzusehen, warum der für eine konstruktive Zukunft wichtige Widerstand nicht auch angemessen „entlohnt“ werden sollte. Eher stellt sich die Frage, warum diejenigen viel verdienen sollten, welche maßgeblich an der umfassenden Destruktion mitwirkten.

Letztlich basiert die Funktion des Ganzen gegenwärtig darauf, dass die Mehrheit der Menschen existenziell abhängig ist, entweder von staatlicher Unterstützung oder zumindest von existenzsichernder Arbeit. Der ideologische Ausdruck davon ist, dass – spätestens seit Martin Luther – nur der essen darf, der auch „arbeitet“ oder zumindest bereit ist jede Lohnarbeit anzunehmen. Die jetzige Krise ist somit nicht nur eine Wirtschafts- und Finanzkrise, sondern auch eine des herkömmlichen Arbeitsbegriffes. Dass einige aufgrund ihres Reichtums keinen Finger krumm machen müssen, lässt sich vielleicht noch akzeptieren, solange wenigstens für den Rest das protestantische Arbeitsethos funktioniert. Je weniger jedoch Lohnarbeit die Existenz sichert, umso mehr gerät der überlieferte Arbeitsbegriff in eine Krise, weil diejenigen, die einfach nur durch arbeiten ihre Existenz sichern wollen, dies immer weniger können. Unsoziale Sparpakete haben grundsätzlich diese Funktion und dies im doppelten Sinn: Einmal zerstören sie entsprechend der Konjunkturtheorie von Keynes das marktwirtschaftliche Verhältnis von Angebot und Nachfrage, was sich zumindest einigermaßen im Gleichgewicht befinden sollte, durch Schwächung der Massenkaukraft. Zum anderen wird jede Motivation zerstört, durch persönlichen Fleiß sein bestes für die Funktion des Ganzen zu geben. Übrig bleibt die Angst vor noch größeren existenziellen Verlusten, besonders Erwerbslosigkeit. Allerdings gibt es hier eine objektive Grenze. Wenn sich alles nicht mehr lohnt, wenn selbst jede Anstrengungen sich als Flop erweist und Lohnarbeit sogar verarmt, gibt es entweder nur den Weg sich völlig vom gewohnten Lohnarbeitsmythos zu verabschieden oder eben eine völlig andere Wirtschaftspolitik – praktisch also möglichst viel Widerstand für einen solchen Systemwechsel. Letzterer setzt bereits dort an, wo die tagtägliche Arbeitsmalocher einfach nicht mehr so ernst genommen wird. Dabei hat der Blick auf das Ganze auch den begrüßenswerten Nebeneffekt einer sozialen Orientierung, etwas, was dem herrschenden Arbeitsmythos in sofern fremd ist, weil Lohnarbeit Warencharakter hat und deshalb Konkurrenz beinhaltet, psychologisch betrachtet, Angst davor erzeugt, auf der Seite der Verlierer zu stehen, nicht „gebraucht“ zu werden, obwohl nur aus marktwirtschaftlicher Sicht die passende Nachfrage fehlt.

Die ganze herrschende Krisenbewältigungspolitik baut auf der existenziellen Abhängigkeit der Mehrheit der Menschen auf. Die wirtschaftspolitische Gestaltungsmacht in Brüssel und vom IWF reduziert sich letztlich darauf, dass „die anderen“, die überwältigende Mehrheit der Menschen aus existenziellen Gründen letztlich folgen müssen. Widerstandsaktionen werden von dieser Seite aus bestimmt nicht honoriert. Deshalb steckt in den Zweifeln gegenüber meinem Vorschlag einer Entlohnung von Widerstand auch ein bisschen von dieser Ideologie. Sicher auch Unglaube. Wie soll es

denn funktionieren, wenn die Bezahlung nicht mehr von unmittelbarer Wertschaffung durch Arbeit abhängen soll? Was ist, wenn das mit der Wertschaffung durch Arbeit nicht mehr so recht funktioniert?

Ob das funktioniert, hängt natürlich besonders von denen ab, die dies in Frage stellen. Was nicht praktiziert wird, kann auch nicht bewiesen werden. Ebenso drückt die häufig erklärte Skepsis gegenüber einem ausreichend hohen von Lohnarbeit unabhängigen, also bedingungslosen Grundeinkommen, nur aus, dass man nicht glaubt, dass die Menschen ohne existenziellen Druck noch was leisten würden. Dem widerspricht jedoch der Wunsch nach Unabhängigkeit vom Kapitalmarkt, weil gerade der Warencharakter der Arbeit konstituierender Teil davon ist. Ohne Frage basiert die heute herrschende Art des Wirtschaftens im positiven wie im negativen auf Lohnarbeit als entscheidendes Mittel zur Erzeugung gesellschaftlichen Werte. Dies heißt jedoch nicht, dass das, was bisher funktionierte, auch in Zukunft weiter funktionieren wird. Hat das überschüssige Vermögen einen so hohen Forderungsbestand angehäuft wie gegenwärtig, erscheint eine Umverteilung zu Gunsten einer ausreichenden Existenzsicherung aller nicht nur aus sozialer Sicht geboten, sondern auch aus wirtschaftlicher Sicht sinnvoll, d.h. zum „humanen“ Abbau von zu hohen und für die Realwirtschaft schädlichen Forderungen. Ein bedingungsloses Grundeinkommen würde sowohl existenziell unabhängig von destruktiven Sparprogrammen machen, als auch für eine sinnvolle „Investition“ von überschüssigen Forderungen sorgen. Der Rest liegt im rein subjektiven Bereich, also bei der Antwort auf die Frage, was mensch „eigentlich will“. Die aktuelle Krise erhöht nur den Druck, sich diese Frage einmal ernsthaft zu stellen.

Mögliche und unmögliche Wege aus der Krise

Der Vorschlag eines bedingungslosen Einkommens durch Umverteilung von Vermögen, ist genau genommen ein eher „humanistisch“ geprägter Vorschlag und vielleicht genau deshalb unrealistisch. „Der Witz“ ist dabei nur, dass eine solche Umverteilung ökonomisch betrachtet umso realistischer wird, je länger damit gewartet wird. Denn wie es im Moment (noch?) aussieht, wird der Forderungsbestand dank Rettungs- und Sparpaketen noch weiter wachsen, statt sich deutlich zu verringern. Doch wohin mit dem ganzen Geld, wenn es sogar zuviel ist, um es einfach auszugeben? Anders ausgedrückt: Die Welt braucht nicht soviel an Forderungen, die sowie so niemand mehr bezahlen kann. Schließlich hängt die Menge an Geld auch von dessen Umlaufgeschwindigkeit ab und in wieweit überhaupt ein Bedürfnis nach geldwertem Tausch besteht.

Besonders letzteres wird allerdings aktuell deutlich in Frage gestellt. Denn mit zunehmender Verarmung wächst der Druck, irgendwie trotzdem zu überleben. Im Widerstand gegen Verarmung durch Reichtum hilft mensch sich hier und dort auch, teilt das Wenige an Essen und Trinken, und manchmal auch die angenehmen Seiten des Lebens. Die Verarmung schafft somit mehr an Vernetzung, mehr Solidarität, wenn auch von Land zu Land sehr unterschiedlich ausgeprägt. Diese soziale Vernetzung resultiert ökonomisch betrachtet, aus dem Umstand einer wachsenden Verarmung immer größerer Teil der Bevölkerung, die sich in reichen Staaten als direkt sichtbarer Gegensatz im öffentlichen Leben darstellt. Damit schwindet nicht die Abhängigkeit vom Geld. Die Situation legt jedoch Überlegung vom „glücklichen Arbeitslosen“ nahe, dass heißt von einem Überleben auch mit wenig oder gar keinem Geld. Zumindest gedanklich wird so der marktwirtschaftliche Gesamtkomplex immer weiter fragmentiert. Was sich darin letztlich nur widerspiegelt, ist eine immer ungleichere Verteilung der gesellschaftlichen Werte, welche die klassischen marktwirtschaftlichen Mechanismen paralyisiert. Während auf der einen Seite durch Konzentrationsprozesse auch die politische Macht immer einseitiger auf nur wenige zentralisiert wird, besitzen die anderen nur ihre Solidarität als Spiegelbild dieser einseitigen und antidemokratischen Zentralisation. Die Eigentumslosigkeit der einen, wird zum Eigentum der anderen. In der Folge ist weder Arbeit noch Geld für immer mehr Menschen das, was oben und unten ideologisch zusammenschweißen könnte. So kam selbst die neoliberal orientierte Bertelsmann-Stiftung in einer am 16.11.2011 veröffentlichten Umfrage zu dem nicht überraschenden Ergebnis, dass „Zwei von drei Deutschen (...) nicht mehr daran (glauben), dass sich Leistung noch lohnt“.

Von daher beantwortet sich die Frage nach möglichen Wege aus der Krise weder aus nationalstaatlicher Sicht, noch mit Blick auf irgendwelche überstaatliche Gebilde wie der EU. Der Widerspruch besteht zwischen Kapital und Arbeit – sei es nun in Deutschland oder in Griechenland. Dieser Widerspruch wird durch die Wirtschaftskrise nicht nur deutlich sichtbar, sondern es schwindet damit auch das Verbindende von Kapital und Arbeit, also gerade das, was seit Adam Smith die Marktwirtschaft verkörpern soll. Soziales, auf das Ganze orientierte Denken und Handeln, ergibt sich nun nicht mehr durch die „geheime Hand des Marktes“, sondern muss bewusst gegen egoistische Interessen gesetzt werden, inklusive dem sog. „inneren Schweinehund“. Ein ausgeprägter Egoismus ist

nämlich nichts anderes, als eine mehr oder weniger verzerrte Verinnerlichung des marktwirtschaftlichen Konkurrenzprinzips und damit des Prinzips, was immer mehr Menschen frustriert. Auch die Zunahme nationalistischer Bestrebung ist nichts weiter, als der Versuch ideologisch Gemeinsamkeiten zwischen reichen und armen Angehörigen einer Nationalität zum Nachteil internationaler Gemeinsamkeiten zu schaffen. Selbst solche „Hoffnungsträger“ auf eine künftige marktwirtschaftliche Entwicklung wie China, sind von zunehmenden wirtschaftlichen Problemen geprägt. So wurde China in einem IWF-Gutachten Mitte November zwar einerseits gelobt. Auf der anderen sieht der IWF jedoch auch für China die zunehmende Gefahr einer „Kreditblase“.

Die Folge des globalisierten Kapitalismus ist zum einen, dass ein Ausweg aus der Krise nicht einfach an Staaten festgemacht werden kann. Denn sowohl der Reichtum als auch die Armut sind ein globales Phänomen. Bestenfalls ist der Grad der Einsparungen bei Lohn und Sozialleistungen je nach Staat unterschiedlich. Ein spanischer Erwerbstätiger erfährt jedoch die gleiche Logik der Vermögensrettung wie z.B. ein Hartz IV-Berechtigter in Deutschland. Es wird stets von unten nach oben umverteilt, sei es im nationalen Rahmen oder sei es global. Entsprechend sollte sich die von Anton Kobel angesprochene gewerkschaftliche Solidarität international ausrichten. Also keine Akzeptanz von Sparpaketen in verschuldeten EU-Staaten zu Gunsten einer – zumindest erhofften - Reduzierung von Einsparung bei Lohn und Sozialleistungen in den Gläubigerstaaten, sondern internationale Solidarität gegen alle Gläubiger. Damit wäre bereits der entscheidende Weg aus der aktuellen Krise benannt: Miteinander statt gegeneinander.

Hierbei ist die theoretische Komponente allerdings gar nicht so nebensächlich. Denn meist sind es nur bestimmte Vorbehalte, Einschränkungen oder ein zu wenig konsequenter Bruch mit denen, welche durch ihre Wirtschaftsideologie und –politik erst die Krise erzeugten. So kann beispielsweise eine Rettung des Euros schon deshalb nicht der zentrale gewerkschaftliche Ansatz sein, weil Währung immer etwas ist, was Kapital und Arbeit verbindet und gleichzeitig wirtschaftliche Konkurrenz beinhaltet. Soll trotzdem sinkenden Löhne und Sozialleistungen Einhalt geboten werden, bleibt nur die Umverteilung, also das, was weltweit die Occupy-Bewegung mit mehr oder weniger klaren Vorstellungen von einer Perspektive auch fordert: Keinen Wohlstand mehr für nur 1 Prozent der Weltbevölkerung.

Eine Umverteilung von Reichtum ist aufgrund dessen globalen Verknüpfung nicht nationalstaatlich isolierbar, aber gerade deshalb gibt es dabei auch keine nationalen Besonderheiten zu beachten. So ist eine Forderung nach einer Verstaatlichung der Banken nicht auf die großen Gläubiger in den Wirtschaftsmetropolen eingrenzbar. Auch für Griechenland ist diese Forderung angebracht, eben wegen der internationalen Kapitalverflechtung. Bisher können hohe Vermögensbestände noch völlig problemlos aus Schuldnerstaaten transferiert werden. Umgekehrt kommt über den Weg der Privatisierung Kapital ins Land, nicht nur wegen des günstigen Preises aufgrund antidemokratischer Spardiktate. Diese Spardiktate sind auch flankierend für möglichst geringe Kapitalsteuern und einen günstigen Preis für Lohnarbeit, faktisch für eine hohe Ausbeutungsrate der menschlichen Arbeitskraft, obwohl es umgekehrt denkbar wäre, statt Privatisierung das Geld der Privatisierer für soziale Zwecke umzuverteilen. Gerade wegen der Unabwägbarkeiten auf dem Finanzmarkt ist eine Umverteilung von Werten direkt an der wertschaffenden Basis für die Vermögenden interessant geworden. Deshalb trifft jede Maßnahme gegen den Privatisierungsdruck in einem Land unmittelbar das anliegende globale Kapital. So stellte Wolfgang Münchau in einem SPIEGEL-Online-Kommentar am 16. November auf Griechenland bezogen fest: „Irgendwann endet diese verlogene Strategie in der Katastrophe eines griechischen Austritts. Wenn das passiert, dann gibt es keinen Plan, wie man dann um den Rest des Euro-Raums eine Schutzmauer ziehen kann.“ Die Frage ist nur, was soll hier als „Schutzmauer“ überhaupt in Frage kommen? Dazu nennt Wolfgang Münchau zwei Möglichkeiten: „Genau dann sind die in Deutschland ungeliebten Euro-Bonds und die noch viel unbeliebttere Preisgarantie durch die EZB ohne Alternative“ (a.a.O.). Da auch bei Linken häufig die Forderung von „Euro-Bonds“ als Möglichkeit auftaucht, soll dieser Vorschlag etwas genauer betrachtet werden.

Preisgarantien durch die EZB sind nur eine simple Verlagerung der Verantwortung gegenüber Gläubigern und schon deshalb keine Lösung, weil hier nicht mehr völlig wertgedecktem Geld noch mehr Geld hinterher geworfen wird. Mit Preisgarantien verschärft sich nur der Widerspruch zwischen Wertaufbewahrung und Wertschaffung, was letztlich darauf hinaus läuft, ungedeckte Forderungen nur noch mehr zu inflationieren. Theoretisch aufbauen kann ein solches Konzept nur auf der unbewiesenen Annahme, dass „irgendwann“ das Geld wieder zurückkommt und keine offene Inflation dies gefährdet. Es ist jedoch in jedem Fall kein Konzept zur Verhinderung einer Inflation, also für das, was die herrschende Wirtschaftstheorie immer so favorisierte und wofür sich besonders die neoliberale Schule des Ökonoms Milton Friedman vehement einsetzte. Die Zentralbanken sind nicht unabhängig. Sie gewährleisten vor allem den Mechanismus der Umverteilung von Werten, auch

wenn sie sich als der „große wirtschaftliche Regulator“ im Hintergrund verstehen. Dafür fehlt der Zentralbank die soziale Ausrichtung und demokratische Kontrolle.

Bei den Euro-Bonds liegt die Sache etwas anders. Hier geht es um den Kampf bezüglich des Zinssatzes für Schulden, speziell Staatsanleihen. Allerdings bleibt auch hier das Problem der Rückzahlung in einer – evtl. mit einem „linken“ Konjunkturprogramm gepaarten - Zukunft. Bei Euro-Bonds haften nicht – wie manchmal eingewendet wird – alle. An der fehlenden Haftung der reichen Teile der europäischen Bevölkerung ändert sich durch Euro-Bonds vom Grundsatz her nichts. Eher wird dieser Teil geschont, in dem an die Stelle von privaten Anleihen nun welche der EZB treten. Manche linken Befürworter von Euro-Bonds sehen das jedoch genau anders herum. Sie meinen wegen günstiger Zinsen kommen die Schuldnerstaaten besser weg als bei hohen privaten Zinssätzen. Außerdem entfele der Weg der Kreditgabe durch die EZB an private Gläubiger, wenn direkt Kredit gegeben würde. In Wahrheit retten Euro-Bonds genau jenen Teil an privaten Anlagen, die ansonsten nicht mehr durch reale Wertschaffung gedeckt werden könnten. Dazu ein einfaches Beispiel.

Angenommen irgendein Schuldnerstaat kann die fällige Forderung nicht mehr zurückzahlen. Was würde bei Euro-Bonds in diesem Fall passieren? Die fälligen privaten Forderungen würden gegen EZB-gesicherte Forderungen ausgetauscht werden, abzüglich des überhöhten privaten Zinssatzes. Die privaten Geldgeber erhalten so zumindest ihr Geld (fast) zurück und verlieren nur bei den Zinsen. Sie verlieren jedoch, dank Euro-Bonds, nicht alles. In sofern trifft es sogar zu, dass Euro-Bonds den Markt beruhigen, allerdings nur, wenn auch die Überzeugung da ist, dass der nun zinsgünstigere Kredit durch die EZB durch entsprechende Wirtschaftsleistung auch sicher ausgeglichen werden kann. Das Problem von destruktiven Forderungsüberhängen wird hiermit nicht gelöst. Wie auch? Zielt doch auch das Konzept der Euro-Bonds auf eine Marktberuhigung und damit auf das Gefühl der Sicherheit derjenigen, deren Forderungen bereits deutlich über der realen Wertschaffung liegen. Forderungen werden also nicht abgebaut, sondern nur „geschont“. Bestenfalls verschwindet das Interesse an einer Spekulation mit hochverzinsten Staatsanleihen. Den gleichen Effekt erreichen allerdings auch Staaten mit einer (prozentual) niedrigen Staatsverschuldung. Auch an deutschen Staatspapieren z.B. lässt sich – zumindest derzeit – nicht viel verdienen. Euro-Bonds sind jedoch in sofern ein Sieg für die permanente Abstufung durch Ratings, da im Falle eines Scheiterns die EZB zumindest einen Teil der spekulativ eingesetzten Forderungen rettet. Der Zwang zur Rettung geht also von der Spekulation aus und kann schon deshalb nicht als Gegenmittel zur Spekulation betrachtet werden, weil der Verlust viel zu gering ausfällt und antisoziale Sparpakete nicht komplett ausgeschlossen werden.

Für den Widerstand gegen weitere Reichtumsmehrung in den Händen nur wenige, sind alle Rettungsprogramme auf der Kreditbasis eher ein Anzeichen dafür, dass es tatsächlich an der Zeit ist, Forderungen deutlich abzubauen. Forderungen sind ja nicht anderes, als eine Zahlenreihe auf einem Stück Papier. Gesichert wird diese vor allem durch eine privatrechtliche Garantie, bei der notfalls der ganze herrschende Apparat an Gesetz, Gericht, Polizei bis hin zum Militär eingesetzt wird. Dieser ganze Apparat versagt jedoch dort, wo es aufgrund wirtschaftlicher Entwicklung faktisch nicht möglich ist, diese privatrechtlichen Ansprüche weiter zu sichern. Sicherheit ist hier jedoch in sofern gar nicht erwünscht, weil eine Forderung nicht nur nach unten hin stabil bleiben soll, sondern vor allem wachsen soll. Klafft zwischen Wertaufbewahrung (Forderungen) und Wertschaffung eine immer größer werdende Lücke, kann entweder die Wertschaffung nur rasant zunehmen oder – was bei den jetzigen Herrschaftsverhältnissen näher liegt – die Verteilung von geschaffenen Werten noch mehr zu Gunsten einer Forderungssicherung umverteilt werden. Allerdings sehen auch einige Anhänger der sog. „freien Marktwirtschaft“ zu hohe Forderungen als verhängnisvoll und bezeichnet dies meist als „Blase“. Deren platzen bewirkt für sie die Marktwirtschaft irgendwann selbst. Allerdings funktioniert das nur, wenn die herrschende Wirtschaftspolitik nicht tatkräftig versucht diese marktwirtschaftliche Triebfeder außer Kraft zu setzen. Das nur scheinbar Paradoxe stellt sich hierbei jedoch darin dar, dass einerseits solche „Blasen“ Produkt der Marktwirtschaft sind und andererseits diese zugleich zusammenbrechen lassen können, was nichts anderes bedeutet, als das die Marktwirtschaft nicht das sein kann, was der Menschheit, wie von der Kanzel des Kapitalismus immer wieder gepredigt, auf Dauer Wohlstand und Glück bringt.

Kredit basiert – wie bereits erwähnt – darauf, dass jemand mehr besitzt als er benötigt. Diese Feststellung trifft auch auf (zinsgünstige) Euro-Bonds zu. Selbst bei einem Zinssatz von null oder Krediten mit einer Bereitschaft Verluste hinzunehmen, bleibt die – wenn auch unausgesprochene – Hoffnung auf Rückzahlung durch Wertschaffung. Allen Euro-Bonds-Konzepten ist deshalb gemein, dass sie auf eine wieder funktionierende Marktwirtschaft hoffen, sobald die Wucherzinsen beseitigt sind. Was speziell die linke Variante betrifft, bleibt diese Idee zumindest in sofern in der Kapitallogik befangen, wie übersehen wird, dass immer mehr Menschen schlichtweg nichts haben, um es zu verleihen. Sie benötigt vielmehr selber mehr an Geld. Sollen sie nur deshalb auch weiterhin ver-

zichten, weil evtl. Euro-Bonds die Spekulation mit Staatsanleihen eindämmen könnte? Internationale Solidarität sollte sich in Unterstützung niederschlagen. Eine Steuerung des Kreditwesens kann schon deshalb nicht dazugehören, weil es grenzübergreifend immer mehr Menschen an allem fehlt. Die Sorgen der Besitzenden können nicht die der Besitzlosen sein.

Natürlich fehlt auch in der Staatskasse Geld. So beträgt beispielsweise die Staatsverschuldung in Deutschland mittlerweile gut 2 Billionen Euro, in den USA sogar 15 Billionen Dollar, was wahrscheinlich für die US-Regierung unter Obama Mitte November ein Grund war, zukünftig Militärpräsenz im asiatischen Pazifikbereich und gegenüber China im Interesse einer USA-dominierten Freihandelszone zu beschließen. Was das Verhältnis von Gläubigern und Schuldnern in der EU betrifft, ist dem Euro-Gruppen-Chef Jean-Claude Juncker zuzustimmen, der am 16. November darauf hinwies, „dass Deutschland mit einer Staatsverschuldung von mehr als 80 Prozent der Wirtschaftsleistung deutlich höhere Verbindlichkeiten habe als Spanien, das auf rund 60 Prozent kommt“ (vgl. SPIEGEL-Online 16.11.2011 „Juncker lästert über Merkels Minus“). Trotzdem wurde Spanien – und nicht Deutschland - kurz darauf Opfer von Geldknappheit und teuren Anleihen. Der Grund ist, dass erstens teure Anleihen hohe Renditen versprechen, nicht zuletzt aufgrund der Euro-Rettung „um jeden Preis“. Zweitens, dass so in Spanien der Widerstand gegen antisoziale Sparpakete gebrochen werden soll. Schließlich ist speziell für die deutsche antidemokratische Politik die Krise auch eine Chance ganz Europa dem Diktat des Kapitals nach heimischem Muster zu unterwerfen. Sei es nun die Erhöhung des Rentenalters, die Privatisierung von Staatseigentum oder der Abbau von Arbeits- und Sozialrechten, in einer Art „Flucht nach vorn“ wird die Chance auf eine Europäisierung von Lohnsenkungen und Verarmung genutzt. Wie sehr es hier um politische Machtverhältnisse geht, zeigt sich anschaulich an den Bewertungen besonders der US-Wirtschaft durch die Rating-Agenturen, die bisher immer trotz mieser ökonomischer Kennziffer der US-Wirtschaft Bestnoten verliehen.

All die staatlichen Defizite im Haushalt sind jedoch kein Ausdruck von Armut, sondern von zu viel Reichtum. Denn ohne diesen Reichtum könnte sich kein Staat dermaßen verschulden. Statt Krediten bei denen, die im Geld schwimmen, zu nehmen, bliebe höchstens die Druckmaschine. Doch auch diese Gefahr existiert jedoch nur auf Grund von zu viel Reichtum, auch wenn gerade die Reichen nichts mehr fürchten, als eine inflationäre Abwertung ihrer Forderungen. Deshalb wird eine Umverteilung einem Geldmengenwuchs möglichst vorgezogen. Eine hohe Staatsverschuldung ist deshalb hauptsächlich ein Ausdruck von wachsender Umverteilung von unten nach oben. So wuchs allein durch die staatliche „Rettung der Banken“ in Deutschland das Defizit in absoluten Zahlen um gut 300 Milliarden Euro.

Die Umverteilung von unten nach oben als entscheidender Grund für Staatsschulden wird häufig kaschiert. So ist das Verhältnis von Steueraufkommen und Steuerausgaben recht undurchsichtig. Kommen dazu noch regierungsamtliche Appelle an die Sparbereitschaft „der BürgerInnen“, so wird oft recht erfolgreich von der einseitigen Umverteilung abgelenkt. Man spricht dann gerne von „unseren“ oder „meinen“ Steuern, obwohl solcher persönliche Bezug völlig verfehlt ist. Wer kaum etwas verdient, zahlt keinen Regelsatz für Hartz IV-Empfänger. Bezüglich der indirekten Steuer, dem größten Anteil am Steueraufkommen, wird auch der Hartz IV-Empfänger übrigens zur Kasse gebeten. Auch er muss Umsatzsteuer zahlen.

Eine sehr wesentliche Irreführung besteht in der eher staatsrechtlich orientierten Aussage, dass ja jeder Staatsbürger gewissermaßen für staatliche Schulden haftet. Werden die aktuellen Schulden durch die Anzahl aller Einwohner geteilt, ergibt dies zwar rechnerisch einen korrekten Durchschnittswert. Aber genauso wie beim durchschnittlichen Einkommen oder Vermögen, sind solche Rechnungen irreführend, bezüglich der Staatsverschuldung sogar eindeutig falsch. Würde jeder gleichermaßen das staatliche Defizit mittragen, gäbe es dieses Defizit nämlich gar nicht. Warum nicht? Ganz einfach. Angenommen Herr X aus dem deutschen Hinterland kauft Staatsanleihen z.B. für 10.000 Euro. Diese Anleihen sind das, was dann zu dem Posten „Staatsverschuldung“ addiert wird. Würde nun Herr X für fast den gleichen Betrag seiner Anleihen „letztlich“ haften, würde sich das Geschäft mit den Anleihen für ihn gar nicht lohnen. Sein Geschäft lohnt sich eben nur deshalb, weil eben nicht jeder Staatsbürger gleichermaßen für das Staatsdefizit haftet. Die einen gewinnen, was die anderen zahlen müssen. Und dies ganz direkt, nämlich mit Sparpaketen zum Schuldenabbau genau bei denen, die sowie nichts haben, um es verleihen zu können. Hohe Abgaben bei Löhnen und Sozialleistungen sind ebenso wie Sozialabbau nur Ausdruck einer Umverteilung von unten nach oben zu Gunsten einer reichen Minderheit. Die Vorstellung von einer juristischen Haftung aller für staatliche Verschuldung ist in Wahrheit eine Bemäntelung der wachsenden ungleichen Verteilung gesellschaftlicher Werte, also kaschierte Verarmung bei einem spiegelbildlich wachsenden Reichtum. Zumindest aus logischer Sicht, ließe sich das ganze Problem einfach dadurch lösen, dass der Staat erst gar nicht so hohe Privatvermögen zulässt, in dem er diese abschöpft, bevor sie zum

Mittel seiner Verschuldung werden können. Praktisch wäre allerdings einem solchen Vorgehen gewisse Grenzen gesetzt, weil es keine geschlossenen Volkswirtschaften gibt und die Wertanhäufung global ist. Dies spricht natürlich nicht dagegen, beispielsweise in Deutschland die großen Vermögen umzuverteilen.

Wenn jedoch eine Umverteilung so zentral für eine Krisenbewältigung ist, stellt sich die Frage, wie sie verlaufen könnte. Ich setze hier besonders auf ein bedingungsloses Grundeinkommen, also einem ausreichend hohem Einkommen, was durch Umverteilung zustande kommt und was jedem ohne jegliche Pflicht zur Lohnarbeit gewährt wird. Die Höhe ergibt sich aus dem, was als Reichtum real existiert und deshalb einer Umverteilung zur Verfügung steht. Je höher der Reichtum, umso höher kann natürlich auch das Grundeinkommen ausfallen. Bedingungslos sollte es sein, weil nur so die existenzielle Einbindung der menschlichen Arbeit in das kapitalistische System der Arbeit als Ware vermieden werden kann. Wie bereits erwähnt, spekulieren alle Sparpakete mit der existenziellen Abhängigkeit der Mehrheit der Menschen vom Verkauf ihrer Arbeitskraft. Dem steht das wachsende Interesse nach Umverteilung von Vermögen gegenüber. Und nicht nur das: Das Ausbleiben dieser Umverteilung hat erst zu Krisen wie der Gefährdung des Euros geführt. So wird auch deutlich, dass ohne Bereitschaft zumindest erstmal allen Menschen bedingungslos genug zum Leben in die Hand zu geben, der Vergangenheit eines funktionierenden Kapitalismus noch nachgetrauert wird. Dies kann darauf zurückzuführen sein, dass trotz Krise innerhalb der Bevölkerung eine Abneigung besteht, dass es Geld ohne Zwang zur Arbeit gibt und man sich von gewerkschaftlicher und linker Seite an dieser ablehnenden Stimmung orientiert.

Doch so ganz schlüssig ist diese Abneigung nicht. Denn wenn man in den Markt eingreifen will, tangiert dies zwangsläufig auch die menschliche Arbeit. Denn diese hat ja gerade Warencharakter in einer Marktwirtschaft. Nur wenn die jetzige Situation als „untypisch“ für die kapitalistische Marktwirtschaft begriffen wird, gäbe es als Alternative die „typische“ Marktwirtschaft für die dann auch die Arbeit als Ware typisch wäre. An dieser Annahme ist in sofern etwas dran, wie tatsächlich auch für Befürworter der kapitalistischen Marktwirtschaft, die aktuelle Situation ungewohnt ist. Dann kann allerdings auch das Problem der existenziellen Abhängigkeit der Mehrheit der Menschen vom Verkauf ihrer Arbeitskraft nicht mehr mit gewohnten Lösungskonzepten begegnet werden. Das krampfhaftes Festhalten der Gewerkschaften, jedoch auch mancher Linken, am Prinzip Lohnarbeit, ist also nicht mehr zeitgemäß. Bei der Ablehnung eines bedingungslosen Grundeinkommens geht es deshalb sogar weniger um die Ware Arbeitskraft, als um die historische Wertung und Kritik der kapitalistischen Marktwirtschaft überhaupt. Denn beides hängt ursächlich zusammen. Allerdings spiegelt das zunehmende Bewusstsein, dass sich Arbeit immer weniger lohnt, etwas von der wirtschaftlich bedingten Wahrheit wider, dass nicht für alle Ewigkeit Arbeit ökonomische Zwangsarbeit sein muss. Hier steht eine Lösung gerade von linksgewerkschaftlicher Seite immer noch aus. Die Folge ist, dass zu wenig Perspektiven diskutiert werden und man sich in den Widersprüchen der gesellschaftlichen Entwicklung verstrickt. Der Umgang mit dem antisozialen Rechtskonstrukt der EU ist ein Ausdruck davon. Zwar werden mehr oder weniger zaghafte Forderungen bezüglich sozialer Ausrichtung und Umverteilung von Reichtum gestellt. Aber oft fehlt die Konsequenz, die sich aus dem gegenwärtigen Widerspruch zwischen Reichtum und Verarmung ergibt. So bleibt als realistische Perspektive nur, dass der Bruch umso radikaler ausfallen wird, je länger man wartet. Wird jedoch die gegenwärtige Finanz- und Währungs Krise nicht als eine Art „Ausrutscher“ des Kapitalismus, sondern als Stadium einer Art des Wirtschaftens erfasst, steht diese Art des Wirtschaftens unmittelbar im Mittelpunkt einer Antwort auf die Frage, nach der Perspektive. Da untrennbar mit der kapitalistischen Marktwirtschaft verbunden, muss dann auch der Warencharakter der menschlichen Arbeit zukunftssträftig geklärt werden.

Fazit

Gerade an Betrachtung des wachsenden Widerstands gegen die extrem ungleiche Verteilung gesellschaftlicher Werte, reicht es nicht aus theoretisch die Ursachen einzig auf die Banken abzuladen. Es sollte auch die Frage gestellt werden, ob die jetzige Finanzkrise nicht nur eine Wirtschaftskrise unter typisch marktwirtschaftlichen Prämissen ist. Ist die Werteverteilung zwischen Kapital und Arbeit noch einigermaßen ausgeglichen, kann natürlich nicht viel umverteilt werden. Dies war nach dem 2. Weltkrieg etwa bis Anfang der 80ziger Jahre der Fall. Allerdings waren die Ursachen bereits zuvor begründet worden, auch wenn damals staatliche Konjunkturprogramme Überproduktionskrisen noch abfedern konnten. Es ging schon damals darum, ob die Marktwirtschaft besonders mit dem Zusatz „sozial“ das auf Dauer halten kann, was deren Theoretiker versprochen.

Heute erscheinen die Krisen gewaltig. Ja, selbst die herrschende Wirtschaftspolitik hat es immer

mehr aufgegeben eine bessere Welt zu propagieren. Recht typisch sprach Frau Merkel in ihrer Internetansprache am 04. November von einem „mühevollen Weg“, den „wir“ nun alle gehen müssten. „Es wird sicherlich eine Dekade dauern, bis wir wieder besser dastehen“, ergänzte die Dame, ohne dass jemand deren Rücktritt wegen solcher Perspektivlosigkeit forderte. Ein Grund für solche Zaghaftheit kann sein, dass auch aus oppositioneller Sicht, dass frühere marktwirtschaftliche Bett zumindest propagandistisch, noch für alle Opfer der Krise, nach dem Motto „unsere Niedergang ist auch die eure“, gemacht bleibt. Da will – wie oben zitiert – der DGB ein „Europa für unsere Kinder und Enkel (...) bewahren“, was von Anfang an auf marktwirtschaftlicher Grundlage gebaut wurde. „Der Kern des materiellen Gemeinschaftsrechts ist das Wirtschaftsrecht“, stellen sogar ausdrückliche EU-Befürworter wie Ulrich Haltern, u.a. Inhaber des Lehrstuhls für deutsches und europäisches Staats- und Verwaltungsrecht an der Universität Hannover, fest (vgl. Ulrich Haltern „Europarecht - Dogmatik im Kontext“, Tübingen 2005, S.533). Eine Auseinandersetzung mit dem Wirtschaftsrecht führt somit direkt zu einer Antwort auf die Frage, warum der Euro heute so gefährdet ist und ob er überhaupt gerettet werden kann.

Was besonders in dem Widerstand der Occupy-Bewegung zum Ausdruck kommt, ist die extrem ungleiche Verteilung von gesellschaftlichen Werten, also von etwas, das es in den Zeiten einer „funktionierenden“ Marktwirtschaft tatsächlich so nicht gegeben hat. Vor allem drohte nicht die Gefahr alles in den Abgrund zu reißen, nur weil man nicht bereit ist umzudenken. Letzteres kam jedoch nie von oben. Bestenfalls verfolgte man dort eine Politik von „Zuckerbrot und Peitsche“. Dass da an „Zuckerbrot“ überhaupt nichts mehr angeboten wird, zeigt den Ernst der Lage. Es zeigt auch, dass bestimmte Forderungen, die nur hier und dort etwas verbessern wollen, wohl nicht mehr ganz zeitgemäß sind. So wird sich der Finanzmarkt wohl nicht so regulieren lassen, dass das Gefälle zwischen Arm und Reich wirklich abgebaut wird. Dafür ist dieser Markt viel zu sehr im klassischen Sinne konform. Dem widerspricht keineswegs, dass die Finanzwirtschaft auf die wertschöpfende Realwirtschaft mit ihrer Arbeit als entscheidende Komponente destruktiv wirkt. Worauf soll überhaupt die Annahme fußen, dass die Marktwirtschaft immer konstruktiv sei? Ein Blick nach vorn, sollte meiner Ansicht nach über die den marktwirtschaftlichen Rahmen hinausgehen – vor allem bei der Arbeitskraft. Ist doch gerade sie für die kapitalistische Marktwirtschaft unentbehrlich. Mit einer anderen Einstellung zur Arbeit eröffnet sich deshalb bereits ein neuer Blick in eine Zukunft ohne existenziellen Druck und Angst vor der nächsten Hiobsbotschaft bezüglich der nächsten existenziellen Bedrohung. Kommt noch praktischer Widerstand hinzu, kann es nur noch besser werden. Nur mit Blick nach vorn lässt sich die miese Gegenwart erfolgreich überwinden.